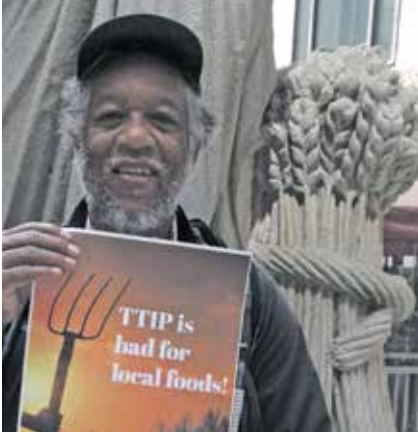


# **b** unabhängige **auernstimme**



Aktionstage gegen Freihandel und Gentechnik bringen weltweit Menschen auf die Straße und Protestschilder an Hoftore – parallel zu neuen GVO-Importzulassungen.



In der EU-Agrarpolitik steht Vereinfachung auf der Tagesordnung. Das Greening bringt neben Kritik ganz praktisch stärkeres Interesse am Leguminosenanbau.



Empfehlungen zum Umbau der Nutztierhaltung bringen neuen Schwung in die Diskussion. Es braucht Perspektiven für mehr Tierwohl und weniger Antibiotika.



## **Zukunft der Nutztierhaltung**



**Die Seite 3**

Aufgebackene heiße Luft . . . . . 3



**Agrarpolitik**

Aeikens reguliert Bodenmarkt . . . . . 4

Agrarrat will bei Vereinfachung auch Greening anknabbern . . . 4

Gegen Freihandel und Gentechnik. . . . . 5

Ersten Abgleich der Kennzahlen als Testlauf sehen . . . . . 10

Ackerbau ist am einträglichsten . . . . . 17



**Bewegung**

Zurück in die Zukunft . . . . . 6

Mehr Biobauern für das Land. . . . . 7

Via Campesina zeigt Flagge . . . . . 8

US-Biobauern debattieren Gentechnik-Dilemma . . . . . 18

Widerstand vor siebzig Jahren . . . . . 19



**Schwerpunkt**

Nichts ändern ist keine Option. . . . . 11

„Es braucht sichtbare, lebende Beispiele für Änderungen“ . . . 12

Empfehlung für abgestimmten Umbau der Nutztierhaltung. . . 13

Schweine nicht im Weltall. . . . . 14



**Nachbau & Gentechnik**

Keine patente Umgangsweise . . . . . 15

Für Bundesweit einheitliche Gentechnik-Anbauverbote . . . . . 16

Verantwortung abschieben. . . . . 16

**Weitere Themen**

Zu Besuch bei Florian Fierz und Familie Thiel, Seite 9; Lesen und Leserbriefe Seite 20 und 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



**Der Gerechte erbarmt sich seines Viehs**

(Spr. 12.10)

Gutachten wissenschaftlicher Beiräte für Agrarpolitik haben eine lange Tradition. Eines von 1962 wirkt bis in die Gegenwart. Zur Frage einer Absenkung des deutschen Getreidepreises als dem Eckpreis der agrarischen Erzeugung im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EWG verfassten Plate, Woermann u.a. ihr „Professorengutachten“ mit der Empfehlung „einer notwendigen Steigerung der Arbeitsproduktivität im Zusammenhang mit der Veränderung der Betriebsgrößenverhältnisse und dem Übergang einer großen Zahl von Arbeitskräften in andere Berufe“. Sie öffneten die Büchse der Pandora, ihr entschlüpfte das agrarpolitische Prinzip des „Wachsens oder Weichens“. Die Bauern wüteten regelrecht dagegen. Auf Demonstrationen lauteten Parolen „Hängt sie auf“ oder „Schlagt sie tot“. Ein Bauer drückte es in einem Vierzeiler milder aus: „Gebt dem Plate einen Hof, strukturgerecht nach seinem Plan, wo er den Bauern, die so doof, es richtig einmal zeigen kann“. Konkret wurden die Maßnahmen 1968 im „Mansholt-Plan“. Hier wurden Förderrichtlinien und Sozialpläne entwickelt, phantasievolle Betriebsmodelle beschrieben und Betriebsgrößen genannt: 60 Kühe, 600 Mastplätze. Auf dem deutschen Bauerntag 1971 in Kiel war Agrarkommissar Mansholt als Redner geladen. Die Bauern tobten gegen Sozialismus und Agrarindustrie. Sie sind den Weg des „Wachsens oder Weichens“ nicht mit Begeisterung und fliegenden Fahnen gegangen. Der Widerstand wurde ihnen von Politik und Wissenschaft, von Beratung, Ausbildung, Förderung und Sozialmaßnahmen gründlich ausgetrieben. Halb zog man sie, halb sanken sie hin. Wer eine Agrarwende will, wer eine Neuorientierung der Tierhaltung fordert und fördern will, der muss die Bauern hier abholen.

Im neuen Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats vom März 2015 wird die Notbremse gezogen: „Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik hält die derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere für nicht zukunftsfähig.“ Die Gefühle der Verbraucher gegenüber Tieren wie auch die der Tiere selbst werden zum Maßstab wissenschaftlicher Bewertungen. Nicht Statistiken bringen die Professoren in Bewegung und nur im geringen Maße das Kaufverhalten der Verbraucher, sondern es ist der Druck der Straße – nicht zuletzt die großen Demonstrationen in Berlin – und die in den Medien transportierten Bilder und Berichte.

Die Positionen des Gutachtens haben etwas ultimates, sind eine Zäsur. Als ob es dahinter kein Zurück mehr gibt. Die Bauern spüren es. Im Vorstand des Bauernverbands Westfalen-Lippe fragt ein Mitglied: „Wer ist uns eigentlich noch wohlgesonnen?“. Dabei sind die Bauern bereit, sich wieder auf den Weg zu machen. Die 60 Millionen Euro der Handelsketten im Rahmen der „Tierwohl“-Initiative sind nahezu verteilt, allerdings auch nur für relativ geringfügige Änderungen in Stall und Haltung. Die Anforderungen, die sich aus dem Gutachten ergeben, sind nur mit Einschränkungen in alten Ställen umsetzbar. Um Klimazonen, Stallstruktur und Zugang zu Stroh zu schaffen, reicht es nicht, die Spalten zuzubetonieren. Die Wende in der Tierhaltung braucht ebenso viel Entwicklungsstrategien, Beratung, Ausbildung, Förderung und Zeit wie sie die Intensivhaltung begleitet haben. Erfahrungen aus dem Neuland-Programm können eine Grundlage sein.

Raffiniert mutet die Position des Gutachtens an, dass durch eine Verbesserung der Haltungsbedingungen für das Einzeltier „der Rolle der Betriebsgröße (Massentierhaltung) entgegengewirkt werden kann“. Gerade auch Bilder von riesigen Tierzahlen in Megaställen mindern die Akzeptanz industrieller Tierproduktion. Bei der Abschaffung der Käfighaltung ist es jedoch „gelingen“: 80 Unternehmungen halten nach wie vor die Hälfte der deutschen Legehennen. In der Milcherzeugung wird die Anzahl der gehaltenen Tiere ein Qualitätsmerkmal werden, wenn Weidegang zur Bedingung gemacht wird.

Für die Marktpreisgestaltung bleibt die gesamte Erzeugungsmenge ein wesentlicher Faktor. Verbesserung der Haltungsbedingungen allein – ob als Initiative von Erzeugern oder immer mehr durch den Handel – werden ihn weniger beeinflussen als eine notwendige ordnungspolitische Regulierung z.B. durch Bauordnungsrecht, Filtererlasse u.ä. Ausreichende Markterlöse sowie förder- und ordnungspolitische Unterstützung sind Voraussetzungen für ein Gelingen der Wende in der Tierhaltung in einer bäuerlich verfassten Landwirtschaft. Sonst wird aus dem „Mengenwachstum oder Weichen“ ein „Qualitätswachstum oder Weichen“.

Günter Völker,  
Sauenhalter in Westfalen

# Aufgebackene heiße Luft

Bei Backwaren verdrängen industrielle Strukturen handwerkliche Betriebe, ohne dass der Verbraucher es wirklich merkt

Lidl wirbt mit frisch gebackenen Brötchen. Die kommen aus dem Automaten, waren tiefgefroren und industriell gefertigt. Das Bäckerhandwerk wehrt sich. Frisch gebacken geht anders!

**Unabhängige Bauernstimme: Um die „Qualitätsoffensive“ des Discounters Lidl ist in den letzten Wochen eine heftige Debatte entbrannt. Wie steht ihr als unabhängiger Berufsverband im Backhandwerk dazu?**

Anke Kähler: Vor kurzem habe ich am Rande einer Tagung mit einem Wissenschaftler und Getreideexperten ein Gespräch über die Verwendung technischer Enzyme bei der Herstellung von Backwa-



Bäckermeisterin Anke Kähler, Vorstandsvorsitzende im Verein Die Bäcker

ren geführt. Diese werden von uns aus verschiedenen Gründen kritisch beurteilt. Die Bäcker, die ihr Handwerk beherrschen, brauchen diese technischen, meist mit gentechnisch veränderten Mikroorganismen produzierten Alleskönner nicht, um gute Brote herzustellen. Zu meinem Erstaunen erklärte mir mein Gesprächspartner, der diesen Hilfsstoffen positiv gegenüber steht, dass er persönlich Brötchen vorziehe, die frei von diesen Hilfsstoffen sind. Für ihn sei der höhere Preis ja kein Problem, aber man bräuhete eben billige Lebensmittel für die, die sie sich nicht leisten können.

**Ist damit gemeint, wir können es uns nicht leisten, dass unser „täglich Brot“ handwerklich hergestellt wird?**

Diese Sichtweise ist verbreitet. Zeit, Wissen und Know-how und damit auch Arbeitsplätze im Handwerk werden „ersetzt“ durch industrielle, effiziente „Lösungen“. Entweder direkt durch die Konkurrenz von scheinbar billigen Produkten aus der Fertigung in Großbäckereien und der Nahrungsmittelindustrie oder indirekt durch die Industrialisierung der Prozesse im „Handwerk“ selbst. Durch den Einsatz industrieller Vorprodukte (komplexe Backmittel,

Vormischungen, Teiglinge oder sog. funktionelle Mehle) hat ein Großteil der Betriebe des Backhandwerks fachliche Kompetenz, Individualität, Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit eingebüßt.

**Sie sehen in einer effizienten, technologisch ausgereiften industriellen Produktion also eine Gefahr?**

Bis zu einem bestimmten Punkt ist der Einsatz von Technik sinnvoll. Wenn es darum geht, alle Menschen ausreichend – und nachhaltig! – zu versorgen. Die Grenze ist dort erreicht, wo Technik unsere natürlichen Lebensgrundlagen – Natur, Boden, Wasser, Biodiversität, etc. – gefährdet und die Prinzipien von Selbstbestimmung und Demokratie verletzt. Ein wesentliches Charakteristikum industrieller Verfahrenstechnik ist die Anpassung der Rohstoffe an die Herstellungsprozesse. Hier liegen die Gefahren.

**Das ist sehr abstrakt, können Sie das an einem Beispiel erklären?**

An den geltenden Qualitätskriterien für den Handel mit Weizen und der aktuellen Debatte um die Reduzierung der Stickstoffdüngung. Insbesondere die Backwarenhersteller durch deren industrielle Verfahrenstechnik Teige in hohem Maße mechanischen und/oder chemisch-physikalischen Belastungen ausgesetzt werden verlangen Mehle mit hohen Proteinwerten. Um die verlangten Weizenqualitäten zu ernten, wird konventionell mit einer N-Grundversorgung und „optimierter“ N-Spättdüngung der Proteingehalt gesteigert. Die dadurch verursachte Nitratbelastung unserer Gewässer und Kostensteigerungen für die Aufbereitung des Trinkwassers sind bekannt. Allerdings steht der Rohprotein- bzw. Feuchtklebergehalt als gültiges Kriterium für den Handel mit Weizen in der Kritik, denn der Zusammenhang zwischen dem Proteingehalt und dem Backvolumen stimmt nicht in dem Maße überein, wie bisher angenommen.

**Wie stellen Sie sich eine Lösung vor?**

Zuerst einmal müsste die Wettbewerbsverzerrung, u. a. durch versteckte Subventionen für Unternehmen, die in dieser Weise produzieren, aufhören. So zahlen beispielsweise Großbetriebe, die u. a. vorgefertigte Backwaren für den Lebensmitteleinzelhandel und den Discount herstellen, eine reduzierte EEG-Umlage. Die Begründung lautet, man dürfe die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen nicht aufs Spiel setzen. Pro-

teinstarke Mehle werden gebraucht, um damit „billige“, großvolumige, geschmacklose Backshop-Brötchen zu produzieren. Diese treten in Konkurrenz mit Brötchen von Handwerkern, die regional und nachhaltig angebautes Getreide mit höherem Personaleinsatz schonend verarbeiten. „Wir“ können uns teure Lebensmittel nicht leisten? Ein Irrglaube! Mit dem Konsum von aufgeblasenen Luxusprodukten sägen wir ganz klar an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Die Politik setzt mit ihrer Effizienz- und Wachstums-Ideologie fortlaufend die falschen Signale! **Die Lösung liegt im Handwerk? Was verstehen Sie unter handwerklicher Verarbeitung?**

Bei wirklich handwerklicher Verarbeitung werden die Herstellungsverfahren – auf der Basis des Zusammenspiels von Wissen, Erfahrung und handwerklichen Fertigkeiten – an die Rohstoffqualität angepasst. Dieser Dreiklang bildet die Grundlage für unsere Souveränität als Lebensmittelhandwerkerrinnen. Nach meinem Selbstverständnis als Bäckermeisterin gehört dazu, dass in die Gebäcke nichts reinkommt, was da nicht reingehört.

**Bäcker, die ihr Handwerk verstehen, sind also in der Lage, mit proteinschwächerem Getreide gute Brote und Backwaren herzustellen?**

Mit einer angepassten Herstellungstechnik können wir uns auf diese Rohstoffe einstellen. Qualitätsschwankungen, die insbesondere dann auftreten, wenn wir mit wechselnden Qualitätsprofilen regionaler Rohware klarkommen müssen, lassen sich jedoch in kleineren Betrieben kommunizieren. Brot mit höherem, also angemessenem Preis lässt sich dann gut verkaufen, wenn der Bäcker nachvollzieh-

bar darstellen kann, was die Qualität seiner Brote ausmacht! Kunden z. B. auf den Acker, in die Mühle oder in die Backstube mitzunehmen bedeutet allerdings mehr Arbeit. Uns wäre geholfen, wenn wir bei dieser „Bildungsarbeit“ Unterstützung durch die Politik erhalten würden. Das Thema ‚Ernährung‘ gehört endlich wieder in die Kindergärten und Schulen! Wissen und Erfahrung bilden die Grundlage für die Wertschätzung unserer Lebensmittel und damit auch für deren Erzeuger und Hersteller.

**Welche Rolle spielen Mühlen bei der Belieferung mit regionaler Rohware?**

Für Bäcker, die auf regionale, nachhaltig erzeugte Rohstoffe Wert legen, ist die Existenz von regionalen, kleineren, dafür aber flexiblen Mühlen von großer Bedeutung.

**Ein Schlusswort zur Organisation „Die Bäcker“?**

Wir wollen gutes, gesundes Brot für alle backen – nicht nur für die, die es sich leisten können. Es ist Zeit umzudenken und gemeinsam umzudenken. Wir brauchen neue, lokale/regionale und nachhaltige Versorgungssysteme. Dazu gehören auch viele neue kleine Bäckereien in den Orten, in denen es keine Arbeitsplätze und keine lebendige Gemeinsamkeit mehr gibt. Neue Wege werden bereits markiert – von Initiativen wie der Solidarischen Landwirtschaft, Food Assembly, den biologischen Pflanzzüchtern, der Transition-Town-Bewegung, dem Terra-Madre-Netzwerk und der Initiative 10.000 Gärten für Afrika u. v. m. Wir müssen unsere Geschicke gemeinsam in die Hände nehmen.

Vielen Danke für das Gespräch mn



Backen ist Hand-Werk

Foto: Vogel/pixelio

# Aeikens reguliert Bodenmarkt

Erstmals Genehmigungspflicht für Anteilsverkäufe vorgesehen, Abl begrüßt den Ansatz

Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Hermann Onko Aeikens (CDU) bereitet ein Landesgesetz vor, mit dem die Landkonzentration in sehr großen Betrieben gebremst werden soll. Erstmals in Deutschland sollen nicht nur Verkäufe von einzelnen Agrarflächen genehmigungspflichtig werden, sondern auch der Verkauf von Anteilen landwirtschaftlicher Betriebe. Bisher sind diese Anteilskäufe genehmigungsfrei und werden nicht gesondert erfasst. Wie Aeikens im Interview mit top agrar ausführte, sollen Käufe von Unternehmensanteilen (außer bei Aktiengesellschaften) in Zukunft der Genehmigung bedürfen, wenn der Käufer durch den Erwerb einen Anteil von mindestens 40 Prozent am Unternehmen erreicht und wenn das Gesellschaftsvermögen mindestens zu 40 Prozent aus Agrarflächen besteht. Werden diese Schwellen erreicht, soll der Kauf generell genehmigt werden, solange der Käufer ein Landwirt oder ein landwirtschaftliches Unternehmen ist und nach dem Kauf maximal 1.150 ha Land hätte. Ist der Käufer kein Landwirt oder wird diese Hektarzahl überschritten, dann soll das Landwirtschaftsamt prüfen, ob der Käufer eine „marktbeherrschende Stellung“ am regionalen Bodenmarkt bzw. in der Gemarkung erreicht. Die Entfernung zum Betriebssitz soll dabei ein Kriterium sein. Ein Vorkaufsrecht für Landwirte

soll bei Anteilskäufen – im Gegensatz zu reinen Flächenverkäufen – nicht eingeführt werden. Auch beim reinen Grundstücksverkehr plant Aeikens Änderungen. Hier sollen durch ein angepasstes Vorkaufsrecht bestimmte Betriebe bevorzugt werden: „Betriebe, die zu wenig Fläche haben, um eine Familie zu ernähren, sind aus meiner Sicht aufstockungsbedürftig“, so Aeikens im top agrar-Heft. Auf Bundesebene will sich der CDU-Minister dafür einsetzen, dass „Unternehmen der landwirtschaftlichen Urproduktion grundsätzlich keine Börsenzulassung bekommen“.

## Vorkaufsrecht für Unternehmer

Der Bauernverband Sachsen-Anhalt ist gegen Aeikens' Gesetzesvorhaben. Insbesondere lehnt er jegliche Differenzierung nach Betriebsgröße ab und fordert, dass Anteilsübertragungen zwischen Anteilseignern desselben Unternehmens (wie etwa einer GmbH oder einer Agrargesellschaft) generell nicht erfasst werden, berichtet die ostdeutsche Bauernzeitung. Zudem fordert er, die „Abfindung“ ausscheidender Gesellschafter von Agrarunternehmen mit Grundbesitz zu vereinfachen und generell zu genehmigen, sollte es tatsächlich zu einer Genehmigungspflicht für Anteilsverkäufe kommen. Beim Grundstücksverkehr will der Landesbauernverband erreichen, dass „mitarbeitende Gesellschafter oder Genossen

landwirtschaftlicher Unternehmen“ beim Vorkaufsrecht Landwirten gleichgestellt werden.

Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Abl, begrüßt dagegen Aeikens Vorhaben: „Wir haben mehrmals die Minister aller Bundesländer aufgefordert, das Grundstücksverkehrsrecht den heutigen Bedingungen anzupassen. Es ist dringend notwendig, dass die weiter zunehmende Landkonzentration gestoppt wird und bäuerliche Betriebe nicht weiter vom Bodenmarkt verdrängt werden. Wir begrüßen daher, dass Minister Aeikens hier nun mit er-

sten wichtigen Schritten auch bei den Anteilsgeschäften vorangeht. Wir halten aber niedrigere Betriebsgrößen-schwellen und strengere Prüfkriterien für erforderlich“, so Janßen. Zudem fordert die Abl, dass auch interne Anteilsübertragungen genehmigungspflichtig werden. Eine Gleichstellung von Gesellschaftern und Genossen mit Bauern beim Grundstücksverkehr lehnt die Abl ab. „25 Jahre lang sind LPG-Nachfolgebetriebe eklatant bevorzugt worden. Das muss ein Ende finden“, mahnt Janßen.

Ulrich Jasper,  
Bundesgeschäftsführer der Abl



Politik kann Strukturen für Vielfalt schaffen

Foto: Hermsdorf/pixelio

# Agrarrat will bei Vereinfachung auch Greening anknabbern

Agrarkommissar will Basis-Verordnungen erst 2017 öffnen, Vereinfachungen aber schon ab 2016 angehen

Am 11. Mai wollen die Agrarminister der EU-Länder gemeinsame Schlussfolgerungen zur Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beschließen. Der Rat will damit der Kommission solche Forderungen übermitteln, die von den Mitgliedstaaten gemeinsam als die derzeit wichtigsten angesehen werden. Im Vorfeld hatten die einzelnen Länder bereits jeweils eigene ausführliche Listen mit Wünschen zur Vereinfachung an die Kommission geschickt. EU-Agrarkommissar Phil Hogan hatte um die Jahreswende um solche Vorschläge gebeten, nachdem er die Vereinfachung der GAP zu seiner Priorität für das Jahr 2015 erklärt hatte.

Einige Minister sehen in der Vereinfachung die Chance, nicht nur den

bürokratischen Aufwand in Betrieben und Verwaltungen zu reduzieren, sondern auch materielle Änderungen etwa beim Greening (Bindung der Direktzahlungen an bestimmte übergesetzliche Umweltstandards) vorzunehmen. So enthält der Entwurf für die Rats-Schlussfolgerungen den mittelfristigen Vorschlag, die Hektarzahl an Ackerflächen, ab denen ein Betrieb darauf mindestens zwei verschiedene Kulturen anbauen muss, von 10 auf 15 Hektar anzuheben. Zudem sollen Betriebe mit 75 Prozent Grünland generell keine ökologischen Vorrangflächen und keine Fruchtartenvielfalt auf dem Acker nachweisen, auch wenn sie über 30 Hektar Ackerfläche bewirtschaften. Für Zwischenfrüchte auf ökologischen Vorrangflächen soll die

Pflicht zur Verwendung von Saatgutmischungen entfallen, während bei Leguminosen auch Mischungen mit Gräsern (Klee gras) und Getreide zugelassen werden sollen. Außerdem sollen die Gewichtungsfaktoren für Zwischenfrüchte, Leguminosen und Kurzumtriebplantagen auf einen einheitlichen Wert von 0,7 oder 1 festgelegt werden; das würde Zwischenfrüchte (auch gegenüber Leguminosen) attraktiver machen. Diese Vorschläge waren in der Liste, die das deutsche Landwirtschaftsministerium Ende Februar an Kommissar Hogan geschickt hatte, nicht enthalten.

## Bis 2017 nur kleine Änderungen

Für mehrere dieser Änderungswünsche am Greening müsste die EU-Basisverord-

nung über Direktzahlungen geändert werden, über die erst im Jahr 2013 in einem mühsamen Prozess eine politische Einigung erzielt wurde. Das lehnt Kommissar Hogan bisher ab, er will im Herbst 2015 nur Vereinfachungen im Durchführungsvorschlag vorschlagen. Vor einer Überprüfung des Greenings will Hogan dagegen ein volles Jahr Umsetzung abwarten, also mindestens bis Sommer 2016. Bis März 2017 muss er ohnehin einen Bericht über die Wirkung der ökologischen Vorrangflächen vorlegen. Im Entwurf der Rats-Schlussfolgerungen fordern die Minister den Kommissar auf, darüber hinaus zu gehen und eine generelle Halbzeitbilanz (mid term review) der Basis-Verordnungen in 2017 vorzubereiten.

Ulrich Jasper,  
Bundesgeschäftsführer Abl

# Gegen Freihandel und Gentechnik

Bundesweiter Aktionstag fordert: „TTIP und Gentechnik, bleibt uns vom Hof!“

Die Diskussionen um die geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) nehmen an Schärfe zu. Immer mehr Bürger äußern ihre Bedenken, dass mit den Handelsliberalisierungen auch die hohen Lebensmittelstandards in der Europäischen Union absinken könnten. Große Bedenken gibt es auch bezüglich einer immer weiteren Liberalisierung im Umgang mit gentechnisch veränderten Lebensmitteln, dem Saatgut und dem Anbau auf den Feldern. „Ein Hauptargument der Befürworter solcher Freihandelsabkommen ist immer wieder, dass dadurch Arbeitsplätze geschaffen würden“, sagt Gertraud Gafus, AbL-Bundesvorsitzende und Bäuerin in Bayern. „Was nicht gesagt wird: dass gerade auch wegen der auf den Weltmarkt ausgerichteten Agrar- und Handelspolitik in den letzten zehn Jahren allein in Deutschland 164.000 Höfe aufgeben mussten. Nicht billige Weltmarktanteile, sondern der Wunsch unserer Verbraucherinnen und Verbraucher nach Lebensmitteln aus tiergerechter, gentechnikfreier bäuerlicher Landwirtschaft müssen Maßstab der Politik werden.“

## Exportware Milch

Vor allem schon jetzt international ausgerichtete Nahrungsmittelkonzerne,

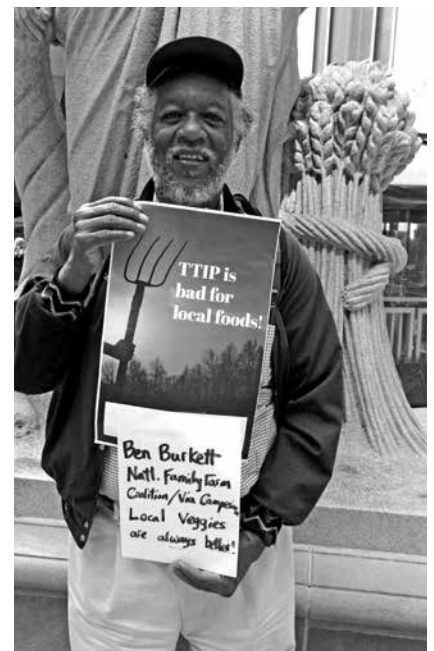
aber auch die europäischen Molkereierunternehmen erhoffen sich durch TTIP und CETA wirtschaftliche Vorteile. „Simulationen zufolge soll die europäische Molkereiindustrie durch TTIP mit Exportzuwächsen von 2,4 Milliarden US-Dollar rechnen können“, berichtet Gafus. „Umgekehrt aber gehen diese Simulationen von einem Exportzuwachs für US-Molkereien von 5,7 Milliarden US-Dollar aus.“ Allein durch den Abschluss des Abkommens die Exporte auf beiden Seiten des Atlantiks deutlich ansteigen. Allerdings deutlich zugunsten der US-amerikanischen Milchindustrie. Die Auswirkungen des durch anschwellende Milchimporte steigenden Preisdrucks auf einem ohnehin übersorgten Milchmarkt in der EU werden die Milcherzeuger tragen müssen. Ob die Milcherzeuger in den USA von den Mehrexporten profitieren, bleibt fraglich. Auch dort führt die extreme Exportorientierung und Überschussproduktion zu einem ständigen Kostensenkungsdruck auf den Betrieben mit fatalen Folgen für Tiergesundheit, Umwelt und nicht zuletzt die Bäuerinnen und Bauern.

450 Bauernhöfe beteiligten sich Mitte April an einer bundesweiten Kampagne unter dem Slogan „TTIP und Gentechnik, bleibt uns vom Hof!“. Initiiert worden

war der Aktionstag von der AbL anlässlich des weltweiten Tages der bäuerlichen Landwirtschaft und des weltweiten Aktionstages zum EU-Handelsabkommen am 17. und 18. April. Bei Hofgesprächen, Führungen und Festen machten die Bäuerinnen und Bauern auf ihre Situation und die Bedrohung durch weitere Handelsliberalisierungen für eine regionale, bäuerliche Landwirtschaft aufmerksam.

## Protest vor Ort

Auch Annelie Wehling, konventionelle Milchbäuerin in Schleswig-Holstein, beteiligt sich an der Posterkampagne. „Das Thema erdrückt mich geradezu“, beschreibt die Bäuerin ihre Motivation. „Heimlich, still und leise und mit einer ungeheuren Kaltschnäuzigkeit drücken die Politiker das Freihandelsabkommen durch.“ Außerdem befürchtet Wehling, dass durch TTIP unsere Gentechnikfreiheit bedroht ist. „In den USA bieten die Gesetze keinen Schutz vor Gentechnik. Durch TTIP sollen die Standards zwischen den USA und der EU angeglichen werden. Das passiert jetzt schon auf Hochtouren, wie EU-Agrarkommissar Phil Hogan selbst öffentlich zugibt. Die Bäuerinnen und Bauern geraten dadurch in die Abhängigkeit der europäischen und amerikanischen Gentechnikindustrie.“ Viele Bekannte haben Annelie Wehling in den folgenden Tagen angesprochen. Sogar Postkarten hat Annelie Wehling zum Dank für ihre Aktion zugeschickt bekommen. Nicht selten war den Menschen das Thema Freihandel/TTIP kein Begriff. Das hat sich jetzt geändert und ein Kollege hat sich direkt das Poster bestellt, um es am eigenen Hof aufzuhängen. *mn*



Auch in den USA griffen Aktivisten wie Ben Burkett von der National Family Farm Coalition (NFFC), das Motto und das Plakat der AbL auf, um gegen TTIP zu demonstrieren. Die NFFC unterstützt Familienbetriebe und Gruppen auf dem Land. Mit ihrer Arbeit auf nationaler Ebene ist die NFFC bestrebt, eine nachhaltige Produktion von gesunden und sicheren Lebensmitteln in bäuerlichen Strukturen sicherzustellen. Foto: Peck



Kämpferisch und engagiert: Annelie Wehling ist gegen Freihandelsabkommen Foto: Dott



Auch vor dem Ulmer Münster wurde demonstriert

Foto: Sedding

## TTIP-Gegner diskutieren mit Befürwortern

Die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Gertraud Gafus, ging in ihrem Eingangsreferat auf die Demokratiefrage ein: „Die Verhandlungsdokumente können von den EU-Abgeordneten nur unter Bewachung eingesehen werden. Und dann sollen sie über etwas entscheiden, worüber sie sich vorher nicht mal austauschen konnten.“ Ein Aspekt, der auf der Abendveranstaltung „TTIP, CETA und Landwirtschaft. Wachstum für Konzerne – Was haben Bauern und Verbraucher davon?“ in Berlin angesprochen wurde, organisiert vom Forum Umwelt und Entwicklung und der AbL. Hundert Gäste hörten verwundert zu, als Ute Huck vom Bundeslandwirtschaftsministerium für diese Handelsabkommen argumentierte, die ihrer Meinung nach Wohlstandeffekte mit sich brächten, ohne Steuermittel einzusetzen. Dass das automatisch eintritt, bezweifelte Romuald Schaber vom Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM): „Wettbewerbsfähigkeit für den Weltmarkt heißt für die Milcherzeuger ein Milchpreis von 30 Cent, obwohl die Kosten bei 40 bis 50 Cent liegen.“ Udo Hemmerling vom Deutschen Bauernverband (DBV) sieht Chancen in diesen Abkommen, da Verbraucher in den USA explizit unsere landwirtschaftlichen Produkte nachfragen würden. Dass der Export von Massenprodukten letztlich in der Landwirtschaft viele Arbeitsplätze gekostet habe, statt welche zu schaffen, sagte Maria Heubuch, EU-Abgeordnete bei den Grünen. „Ich fordere Politiker, Wirtschaft, Kirche und Zivilgesellschaft auf, gegen diese Abkommen zu kämpfen“, betonte Gafus. *bet*

## Zurück in die Zukunft

Leguminosen kommen zurück auf die Äcker

**A**ckerbauer Siegfried Herbst aus Gelliehausen in Südniedersachsen kniet mit seinem Taschenmesser und puhlt dicke braune Saatkörner aus der Erde. „Gute Bodengare auf dem zwei Hektar großen Lösslehmstück, als ich mit meiner Dreimeter-Drille Ende Februar morgens auf Frost die Saat auf sechs bis acht Zentimeter versenkte“, rekapituliert er die Geschichte, „noch eine Spritzung und nun ist ein guter Feldaufgang zu sehen.“ So wie Herbst geht es hoffentlich vielen Ackerbohnenanbauern quer durch Deutschland. Wie viele das genau sind, kann erst nach Auswertung der abgegebenen Agraranträge Ende Juni festgestellt werden, aber es sind wohl mehr als letztes Jahr. Konventionell wirtschaftende Betriebsleiter griffen teilweise auf ökologisch vermehrtes Saatgut zurück, da das „normale“ bereits ausverkauft war. Bei Futtererbsen war die Nachfrage nach Saatgut offenbar nicht ganz so viel größer als in anderen Jahren. Dieses Stimmungsbild ergab eine „Kurzumfrage“ bei Saatgutherstellern und -händlern. Die Greeningauflagen führen dazu, dass der ein oder andere Neuling gerade die nicht ganz einfache Ackerbohne zumindest einmal ausprobiert. Schon bei der Aussaat entscheidet sich viel im Hinblick auf die Frage, wie der individuelle Versuch dieses Jahr ausgeht. Die Saat einfach „rein zu schmieren“, weil beispielsweise das Saatgut zur richtigen Zeit fehlte, rächt sich im Feldaufgang, in der Konkurrenz zum Beikraut und am Ende im Ertrag. Bleibt zu hoffen, dass es bei vielen Bauern und Bäuerinnen jetzt auf dem Acker so aussieht wie bei Siegfried Herbst, der sich nach 25 Jahren „Anbaupause“ einen Neuanfang mit der Ackerbohne vorstellen kann, wenn es weiter so gut läuft und er seine Bohne am Ende zu guten Konditionen vermarkten kann.

### Dran bleiben!

Neben den Aktivitäten der Länderprojekte soll es ab Herbst 2015 auch ein Bundesprojekt im Bereich Ackerbohne/Erbse geben. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) möchte die Rahmenbedingungen für den Leguminosenanbau in Deutschland verbessern und entwickelte dazu die so genannte „Eiweißpflanzenstrategie“, in der bereits Netzwerke für Soja und Lupinen existieren. Ziel ist, Wettbewerbsnachteile heimischer Eiweißpflanzen auszugleichen, Forschungslücken zu schließen und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung in die Praxis darzustellen. Damit dies wirklich unter Beteiligung der Praxis geschieht,

ist es dem AbL-Projekt Eiweißfutter aus Niedersachsen (EFN) sehr wichtig, mit am Tisch zu sitzen und die gesammelten Erfahrungen während der Projektlaufzeit bzw. das Wissen der Praktiker durch enge Bindung an diese einzubringen! Das erfordert zum einen noch politischen Druck, um diesen Anspruch durchzusetzen, gleichzeitig erfordert es aber auch ein noch stärkeres Engagement erfahrener und interessierter Bauern und Bäuerinnen, um eine fachlich fundierte praxisgerechte Zuarbeit über AbL-Gremien oder Veranstaltungen zu gewährleisten. Auftakt könnte hier vielleicht die im Juni in Niedersachsen stattfindende Reihe von EFN-Feldtagen sein. Hierbei geht es je nach Schwerpunkt auf den Demobetrieben um den Anbau der heimischen Eiweißfuttermittel oder deren Einsatz in der Rinder-, Schweine- und Geflügelfütterung. Mehr dazu schon bald auf der Homepage: [www.eiweissfutter-ausniedersachsen.de](http://www.eiweissfutter-ausniedersachsen.de). Auf der findet sich auch

die bereits vorgestellte digitale Warenbörse. Hier können Anbauer und Verfütterer von heimischem Eiweißfutter Ware handeln. Noch wichtiger wäre es aber zur Zeit, die erwarteten Erntemengen einzustellen, damit wir die abnehmende Hand darauf vorbereiten können. Die Vermarktung und die Bereitschaft der Futtermittelhersteller, Leguminosen zu angemessenen Preisen in ihre Verarbeitungsprozesse aufzunehmen, bleibt ein entscheidender Faktor bei der Frage, ob der Weg der Leguminosen zurück auf die Äcker langfristig gelingt oder nicht. Aber nur wenn er gelingt, lassen sich die gesellschaftlichen Ansprüche an den Erhalt der Biodiversität und die bäuerlichen Grundsätze einer boden- und umweltschonenden Landwirtschaft auch langfristig umsetzen.

*Anika Berner, Eberhard Prunzel-Ulrich,  
AbL-Projekt Eiweißfuttermittel  
aus Niedersachsen*

### Wegeseitenräume

Gegen die unrechtmäßige Ausräumung der Landschaft und von eigentlich gemeindeeigenen Wegeseitenräumen im Umfang von derzeit 25 Hektar will die Gemeinde Goldenstedt (Kreis Vechta) jetzt vorgehen, indem sie Landwirte zwecks Wiederherstellung des früheren Zustands angeschrieben hat und andernfalls teure Neuvermessungen der Ackergrenzen androht. Bürgermeister Meyer (CDU) ging in einer Stellungnahme im NDR davon aus, dass die Landwirte nun von selbst den alten Zustand wiederherstellen. *en*



Ackerbohneneinsteiger Herbst freut sich über seinen Feldaufgang

Foto: EFN

### Vielfältige Kulturen im Ackerbau – bis 15. Mai!

Wer an der Agrarumweltmaßnahme „Vielfältige Kulturen im Ackerbau“ teilnehmen möchte, muss den dazugehörigen Antrag genauso wie den Agrarförderantrag bis zum 15. Mai bei der zuständigen Dienststelle abgeben. Momentan wird dieses Programm in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg angeboten. Prinzipiell könnten alle Bundesländer solche Programme auflegen. Die Programme unterscheiden sich in den drei genannten Bundesländern nur geringfügig. Gemeinsam haben alle Programme, dass mindestens fünf Hauptfrüchte angebaut werden müssen, ein Mindestanteil Leguminosen bzw. Leguminosengemenge eingehalten werden muss und dies für die gesamte förderfähige Ackerfläche gilt. Genauere Informationen erhalten Sie bei den zuständigen Behörden und auf der Projektseite [www.vom-acker-in-den-futtertrog.de](http://www.vom-acker-in-den-futtertrog.de)

# Mehr Biobauern für das Land

Alnatura startet Initiative, um mehr Landwirte zur Umstellung zu bewegen

**B**is zum Jahr 2020, so das Ziel von Götz Rehn, dem Gründer von Alnatura, soll die Bio-Bauern-Initiative zur Umstellung von 3.000 ha führen. Rehn, mit Alnatura einer der Pioniere im Ökohandel, hat mit einer Spende von 400.000 Euro den Grundstein gelegt. Weitere 100.000 Euro gab die Ulrich Walter GmbH (Lebensbaum) dazu. Mit diesem Startkapital soll in diesem Jahr zwischen 15 und 20 Betrieben die Umstellung auf ökologischen Landbau erleichtert werden. Hintergrund der Initiative ist die anhaltende Unterversorgung mit ökologischen Lebensmitteln aus heimischer Produktion. Zwar steigen die Absatzzahlen im Handel kontinuierlich an, allerdings werden diese bei weitem nicht durch die heimische Produktion gedeckt. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, startet jetzt die Bio-Bauern-Initiative:

## Pionier der ersten Stunde

„Als ich die Marke Alnatura vor mehr als 30 Jahren entwickelte, war mein Leitgedanke, mit unserem Unternehmen etwas Sinnvolles für Mensch und Erde zu gestalten und den Biolandbau mit all seinen positiven Wirkungen für Boden, Natur und Umwelt aktiv zu fördern. Es ist somit nur konsequent, wenn wir im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv werden und bessere Voraussetzungen für heimische Biobauern schaffen.“ Da Alnatura ein Handelsunternehmen ist, hat man sich mit dem Deutschen Naturschutzring (DNR) einen starken Partner zur Umsetzung der gemeinsamen Ziele, mehr Ökolandbau und mehr Umweltschutz, gesucht. Die Bio-Bauern-Initiative wird beim DNR ein Teil des Projekts „Mehr Agrarökologie“. Die Initiative steht nicht in Konkurrenz zu staatlichen

Förderungen. Sie soll vielmehr einen zusätzlichen Anreiz bieten. Wer eine Chance auf Förderung haben will, muss bereit sein, seinen Betrieb komplett auf ökologische Wirtschaftsweise umzustellen und Mitglied in einem anerkannten Anbauverband zu werden. Insgesamt muss der Betrieb sich verpflichten, für mindestens fünf Jahre ökologisch zu wirtschaften. Zusätzlich müssen über die Anforderungen des Ökolandbaus hinausgehende Maßnahmen für mehr Naturschutz erfüllt werden. Dies könnten beispielsweise die freiwillige Pflanzung oder Pflege von Hecken und Böschungen sein. Auch die Anlage von Pufferstreifen entlang von Gewässern oder von Blühstreifen an Ackerrändern ist möglich. Gefördert werden kann die Anschaffung besonderer, für den Ökolandbau notwendiger Maschinen, Stallumbauten und Ähnliches. Prinzipiell können auch schon ökologisch wirtschaftende Betriebe gefördert werden, auch wenn sie nicht die Kernzielgruppe sind. Anstelle der Neuumstellung muss bei diesen Betrieben ein Erhalt der Biobewirtschaftung durch die Förderung dargestellt werden. Die Fördersumme je Betrieb liegt bei maximal 60.000 Euro.

## Förderer gesucht

Auch wenn eine Finanzierung für die kommenden Jahre noch nicht abschließend gesichert ist, soll die Initiative unbefristet sein. Ab Sommer dieses Jahres wird von ausgewählten Alnatura-Produkten ein Cent je verkaufter Packung als Spende in das Förderprogramm fließen. Auch sind die Unternehmen der Branche aufgefordert, sich finanziell zu beteiligen. Wer sich in diesem Jahr noch bewerben will, muss sich beeilen. Die Antragsfrist läuft am 10. Mai ab. *mn*

## Kommission lässt Gentechnik-Pflanzen zu

Gerade zwei Tage nach dem Vorschlag der EU-Kommission zu nationalen Verboten bei Importen lässt die EU-Kommission 17 gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel für den Import auf den europäischen Markt zu. Im Abstimmungsprozess über die Zulassungsanträge erzielten die Mitgliedstaaten keine ausreichenden Mehrheiten für oder gegen die Zulassung. Im letzten Jahr haben sich die Futtermittel- und Agrarindustrie immer wieder für die Genehmigung der GV-Pflanzen zum Import stark gemacht und damit gedroht, dass es zu Schwierigkeiten in der Versorgung mit Futtermitteln kommen werde, wenn die EU die GV-Pflanzen nicht zulasse. Es handelt sich um zehn Neuzulassungen, davon fünf Soja-Pflanzen, drei Baumwollsorten, einen Mais und einen Ölrap. Zudem sind sieben bereits zugelassene GV-Pflanzen erneut zum Import zugelassen (vier Baumwollsorten, zwei Maissorten und ein Ölrap). Bereits eine Zulassung haben laut EU-Kommission 58 GVOs. Der belgische Europaabgeordnete Bart Staes (Grüne) nannte die Entscheidung zynisch. „Die europäischen Bürger wollen keine genetisch veränderten Organismen. Die Kommission muss aufhören, diese Tatsache zu ignorieren.“ Greenpeace Brüssel kommentierte: „Heute öffnete er (Kommissionspräsident Juncker) die Schleusen zu einer neuen Welle von gentechnisch veränderten Pflanzen, nur um den US-Biotech-Unternehmen und den Verhandlungsführern von TTIP entgegen zu kommen.“ *av*

## Neue EU-Ökoideen

Nun hat Martin Häusling, für die Grünen im Europaparlament und Berichterstatter in Sachen EU-Ökoverordnung, seinen Bericht vorgelegt. In über 340 Änderungsanträgen setzt er sich mit der von Ökoanbauverbänden besonders in Deutschland stark kritisierten Vorlage der EU-Kommission auseinander. Eine seiner zentralen Ideen ist eine europäische Bioagentur, die die Kontrolle der Kontrolle übernehmen soll, um künftig besonders Betrügereien über Ländergrenzen hinweg wirksamer verhindern zu können. Auch möchte Häusling Bestandsobergrenzen bei 12.000 Hühnern, 200 Sauen oder 1.500 Mastschweinen einziehen, um den fortschreitenden Einzug agrarindustrieller Strukturen in den Ökolandbau zu begrenzen. Zurücknehmen soll die EU-Kommission ihre Pläne zu Grenzwerten und Pestizidrückstandskontrollen in Ökolebensmitteln, zum sofortigen Ende von Ausnahmeregelungen wie etwa für den Einsatz konventionellen Saatgutes und konventioneller Zuchttiere in Ökobetrieben und zu einer Zertifizierungspflicht für Verkaufsstellen von abgepackten Bioprodukten, die der Bionade am Kiosk den Garaus gemacht hätte. Der Bundesverband ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) ist mit den meisten von Häuslings Vorschlägen einverstanden, Bestandsobergrenzen lehnt er ab. *cs*

## In der Autostadt geht's um die Wurst

Der Bauernverband in Niedersachsen und Schleswig-Holstein ruft zum Boykott von Volkswagen auf; Schweine- und Rinderzüchterverbände, Fleischindustrie, Raiffeisen und der Schweinehalterverband schicken Protestbriefe an den Autobauer, es brodeln in der norddeutschen Tiefebene. Der Grund: In der Autostadt, der Präsentations- und Eventlocation in Wolfsburg von VW, wird schon seit Jahren von den zahlreich vorhandenen Gastronomiebetrieben ein Konzept mit Elementen ökologischer Regionalität versucht. Nun gibt es eine Darstellung auf der Homepage, die die landwirtschaftlichen Verbandsvertreter so entrüstet, weil sie angeblich die „Bauern verunglimpft“. Zitiert wird aus verschiedenen – weder neuen noch besonders kontrovers diskutierten – Studien, um auf die negativen Folgen für Klima und Umwelt aufmerksam zu machen, die ein erhöhter Fleischkonsum, wie er in vielen westlichen Industriestaaten und auch bei uns üblich ist, zur Folge hat. Deshalb bietet die Autostadt-Gastronomie neben den nach wie vor vorhandenen Steaks und Currywürsten auch vegetarische und vegane Mahlzeiten an. Vielleicht kann man sich darüber aufregen, dass VW in der Küche weiter ist als in der Autoproduktion, vielleicht mag manche Formulierung nicht ganz glücklich sein – die Tatsache, dass Mitteleuropäer für ihre Gesundheit und den Schutz von Klima und Umwelt weniger Fleisch essen sollten, ist eigentlich kein Grund, sich als Bauer verunglimpft zu fühlen. Das kann nur der, der daran Interesse hat, dass nicht weniger, sondern immer mehr Tiere – egal wie – gehalten und gegessen werden, weil er an der schieren Masse verdient. *cs*



Alnatura sucht nicht nur neue Kunden, sondern auch neue Biobauern

Foto: Alnatura

## Tierärzte wollen Gesundheitsdatenbank

Der Bundesverband der beamteten Tierärzte (BbT) forderte auf seinem jährlichen Kongress die breite Debatte zur Nutztierhaltung ein. Ziel müsse es sein, eine Einigung mit allen gesellschaftlichen Gruppen zu finden, welche Tierhaltung in Deutschland akzeptiert wird. Das Spannungsfeld der unterschiedlichen Auffassungen sei eine Zerreißprobe für die Beschäftigten der Veterinärbehörden. Damit aussagekräftige Daten als Grundlage für die Diskussion zur Verfügung stehen, setzt sich der BbT dafür ein, eine auf der Antibiotikadatenbank aufbauende Tiergesundheitsdatenbank zu schaffen. Denn damit der Antibiotikaeinsatz wirksam und tierschutzgerecht verringert werden kann, sei die Verbesserung der Tiergesundheit in den Beständen nötig. Dafür müssten auch Einflüsse der Haltungsbedingungen und des Managements berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen sei es sinnvoll, Daten zur Tiergesundheit sowie Wohlindikatoren mit den Daten zu Verwendung von Antibiotika zusammen zu führen. pm

## Neoliberal-schlicht und bauernschädlich

Vor rund 80 Landwirten und Bankern, so das Jeverische Wochenblatt, referierte Landvolkpräsident Werner Hilde im Immobilien- und Finanzzentrum der Volksbank Jever zum Thema „Liberalisierte Märkte – Chance oder Gefahr für unsere heimische Landwirtschaft?“. Dass Hilde mit seinen Posten in der Ernährungsindustrie nur Chancen sah, wird kaum überraschen. Die schlichte Botschaft, im freien Markt der Zukunft gehe es darum besser zu sein als der Durchschnitt, verband er mit einer kühnen Prognose für einen zukünftig florierenden Welthandel: „Man wird der Landwirtschaft die Produkte aus den Händen reißen, die Preise werden steigen, aber auch die Pachten ...“ Sogar als Weltökonom profilierte sich der Bauernverbandspräsident: Deutschland werde um sein Erfolgskonzept beneidet und könne ein Vorbild für Griechenland sein. Auch den deutschen Landwirten würde es heute trotz aller Problematik besser gehen als vor 40 Jahren. Damit nicht genug, rechtfertigte Hilde die Exporte in Drittländer sogar damit, dass die Begehrlichkeiten in ärmeren Ländern nach westlichem Lebensstil diese deutschen Agrarexportwaren unumgänglich machten. Der Forderung nach einer auf den EU-Bedarf begrenzten Erzeugung erteilte Hilde eine Absage, weil so die „Zeichen der Zeit nicht erkannt“ würden. en

## Erinnerung an SED-Zwangskollektivierung

Bei einer Gedenkveranstaltung in Kyritz zum 55. Jahrestag der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR forderte der brandenburgische Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung eine Agrarpolitik für bäuerliche, selbstständige Betriebe mit Privatinitiative und hoher Wertschöpfung und kritisierte „das ewige Schönreden der Großstrukturen durch die ostdeutschen Agrarminister.“ Am Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung erinnerte Rainer Potratz, Mitarbeiter der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, an den gewaltsamen Zusammenschluss von 400.000 selbstständigen Bauern zu Produktionsgenossenschaften im sogenannten „Sozialistischen Frühling“ 1960. Für die AbL nahm Günter Leutloff vom Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg an der Veranstaltung teil und legte ein Gesteck nieder. Über die kaum öffentlich thematisierte Zwangskollektivierung gibt es im Metropol-Verlag einen Tagungsband einer zurückliegenden AbL-Veranstaltung: „Klassenkampf gegen die Bauern.“ en

## Volksbegehren zur Nutztierhaltung

Nachdem alle Forderungen der von 34.000 BrandenburgerInnen mitgetragenen Volksinitiative „Gegen Massentierhaltung“ in ihrem Landtag abgelehnt wurden, hat das Bündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg nun ein Volksbegehren beantragt. Ab Sommer soll es losgehen und wenn sich mehr als 80.000 BürgerInnen in die amtlichen Unterschriftenlisten eintragen, kommen die Forderungen erneut auf die Tagesordnung der Landespolitiker: „Brandenburg solle nur noch artgerechte Tierhaltung fördern und das Kupieren von Schwänzen und Schnäbeln verbieten, ein Verbandsklagerecht einführen und einen Tierschutzbeauftragten einsetzen, den Einsatz von Antibiotika reduzieren und Grenzwerte von Immissionen verschärfen.“ pm

## Via Campesina zeigt Flagge

Internationaler Tag des bäuerlichen Widerstandes gegen Freihandel

In diesem Jahr fanden die weltweiten Aktionen der internationale (Klein-)Bauernbewegung ganz im Zeichen des Widerstands gegen transnationale Unternehmen und Freihandelsabkommen statt. Diese stünden dem angestrebten Aufbau eines Produktionsmodells entgegen, das auf (klein-)bäuerlicher Landwirtschaft und Ernährungssouveränität basiert. Die Liberalisierung von Märkten habe weitreichende soziale und wirtschaftliche Folgen für die Bauern und Bäuerinnen im Norden und im Süden, wenn Handelsrechte und Unternehmensschutz über andere

Rechte und Interessen gestellt werden. Der 17. April ist seit der Ermordung von 19 brasilianischen Landlosen 1996 der internationale Tag des bäuerlichen Widerstandes von La Via Campesina. In Deutschland fanden ausgehend von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, dem hiesigen Mitglied der Bewegung, sieben Veranstaltungen statt - darunter vier Pressekonferenzen auf Milchviehbetrieben in Schleswig-Holstein, in Ostfriesland, im Bremer Umland und im Oberallgäu. cw



Feneberg VonHier

Foto: Feneberg

## VonHier-Bauern sagen „Danke“

Im Allgäu feiert Fenebergs Regionalinitiative Jubiläum

Ein großes „Danke“ und viele schöne Fotos von freundlichen Bauern und Bäuerinnen zieren die ganzseitige Anzeige in der Wochenendausgabe der Allgäuer Nachrichten. Und dann gibt es doch noch einen kleinen Text zur Erklärung: „Seit über 15 Jahren bestärken Sie uns mit Ihrem Vertrauen. Mit Ihrem täglichen Einkauf zeigen Sie, wie wertvoll Ihnen gesunde Ernährung ist – und Sie geben uns die entscheidende Bestätigung für unsere Arbeit: Weil Sie unsere Produkte wählen, können wir eine Landwirtschaft betreiben, die Mensch und Tier achtet, die Rücksicht nimmt auf Umwelt und Natur und die alles daran setzt, dass natürliche Ressourcen wie sauberes Wasser und Energie für die nächsten Generationen erhalten bleiben. Dafür danken

wir Ihnen von Herzen. Vergelt's Gott.“ Geschaltet haben die Anzeige die inzwischen über 600 Biobauern und -bäuerinnen und Verarbeiter, die gemeinsam mit der regionalen Supermarktkette Feneberg die Premiemarken VonHier aufgebaut haben und an 70 Verkaufsstellen anbieten. Aus 20 Bauernhöfen mit einer Handvoll Produkten, einem engagierten Händler und einem findigen Berater entstand 1998 eine Vermarktungsinitiative für regionale Bioprodukte. Die Bauern und Bäuerinnen fanden es nun an der Zeit, sich einmal bei denen zu bedanken, die diese Entwicklung mit möglich gemacht haben, den Verbrauchern. Als direkte Resonanz berichteten die Allgäuer Nachrichten gleich in einem Artikel darüber. cs

## Moralisch verwerflich, juristisch nicht verklagbar

Das Ermittlungsverfahren auf Grundlage einer Anzeige der AbL gegen Silke Ruthenberg von der Tierrechtsorganisation Animal Peace e.V. wegen Beleidigung tierhaltender Landwirte wurde eingestellt. Eine öffentliche Klage ist juristisch nicht möglich. Auf ihrer Internetseite hatte Ruthenberg mit dem Sklavenhaltervergleich eines Milchviehhalters, der von seinem Bullen tödlich verletzt wurde, für Entrüstung innerhalb der Landwirtschaft gesorgt. Nur die Angehörigen könnten jedoch gegen die persönliche Verunglimpfung des Verstorbenen vorgehen, erklärte das zuständige Gericht. Die Landwirte im Allgemeinen seien in der Äußerung nicht als Gruppe angesprochen. Selbst wenn, würden sie als unüberschaubarer Personenkreis gelten, der juristisch nicht beleidigungsfähig ist, wie im Falle der Rechtsprechung zur Aussage „Soldaten sind Mörder“ festgestellt wurde. cw



**Betriebsspiegel:**

Biolandbetrieb Rautenbachhof  
6,38 Hektar Pachtland,  
davon 1,2 Hektar Acker:  
Hafer-Erbse Gemenge und Sonnen-  
blumen  
6 Pferde, 4 Jungrinder, 25 Zweinut-  
zungshühner  
Gemüsegärtnerei für Selbstversor-  
gung der Hofgemeinschaft

**W**as macht man, wenn man kein Bauer ist, und einer werden will? Gut, eine landwirtschaftliche Lehre habe ich gemacht, das ist aber schon eine ganze Weile her. Damals war ich auch nicht sicher, dass ich Bauer werden will – nur dass ich bei dieser Arbeit sehr viel Spaß und Erfüllung hatte. Nach einigen Seitenwegen und dem mehr oder weniger Ausleben anderer „Leidenschaften“ kristallisierte sich der Drang, wirklich einen eigenen Hof zu bewirtschaften, immer weiter heraus.

Nicht alleine, um sich nicht totzuredeln. Wir machten uns auf die Suche nach Wegen, nach Möglichkeiten, nach Höfen. Und so kam es, wie es kommen musste: Meine Frau und ich haben uns einen Resthof gekauft und den Rautenbachhof aus der Taufe gehoben (die Bauernstimme berichtete 10/2014). Zwar ohne nennenswerte Flächenausstattung, dafür aber auch ohne Altbauern, ohne riesigen Kapitaldienst und ohne vorgegebene wirtschaftliche Strukturen. Alles auf Null sozusagen.

Dieses Jahr geht es los. Das erste Stück „eigener“ Acker wurde durch einen Umbruch erschaffen. Beim Pflügen war das ein Gefühl, als wenn man zum ersten Mal einen Weg von vorne alleine losfährt. Vorher, bei der Arbeit auf anderen Betrieben, durfte ich immer nur kurze Wegabschnitte mitfahren und jemand anderes hatte die

Karte. Es ist irgendwie aufregend, ich habe jetzt die Verantwortung, den Mut und fahre los. Für den Anfang gibt's Hafer-Erbsen Gemenge. Ganz simpel, als Futter für die Tiere und keine Experimente. Bestellt mit unserem eigenen Trecker.

Ein bisschen Glück gehört auch immer dazu. Wenn es dann keimt und wächst, obwohl der Boden nach extremen Regenfällen ziemlich verkrustet war, kommt man auf Ideen: Ich breche noch ein Stück um. Zu viel soll es erstmal nicht werden, die Tiere haben hier den größeren Stellenwert und brauchen Grünes, und das ist auch gut so. Mittelfristig soll das bisschen Acker auf unserem bunten Gemischtbetrieb für ausgewählte Spezialitäten erhalten: Schwarzkümmel, Sonnenblumen, Leindotter und anderes. Weitmöglichst direkt vermarktet. Bei Null anfangen

macht irgendwie Sinn. Es ist halt auch mein Ding, erst mal die eingewachsenen Maschinen, die der Strukturwandel abgeworfen hat, aus dem Gebüsch zu zerren und wieder gangbar zu machen. Und unser Weg, da wir in der jetzigen Lage kein Geld haben andere zu kaufen. Auch wenn es oftmals lästig ist und zeitaufwändig. Bei befreundeten Betrieben und Nachbarn fragen. Hin-gehen, angucken, überlegen, manchmal erst reparieren, aber auch plaudern zwischendrin. Austausch ist immer gut, und dafür haben alle Bauern Zeit, oft zu den unmöglichsten Tageszeiten. Der „Feld- und Wiesentratsch“ gehört unabdingbar dazu und die Vehemenz dahinter hat mich schon manches Mal regelrecht beeindruckt. Beflügelnd ist da auch der Austausch und das Zusammenarbeiten mit einem, der sich entschieden hat, einen ähnlichen Weg zu gehen. Gregor baut 1,5 Hektar Knoblauch an, Bioland-zertifiziert, und hat noch nicht einmal eine Hofstelle. Wissen, was man will, und entschlossen anfangen, das fasziniert mich.

Und mittendrin wachsen unsere zwei Jungs auf. Auf dem Rückweg vom Kindergarten kurz Ländereien begutachten, bei der nachmittäglichen Kinderbetreuung einen Keimtest ansetzen, Eier einsammeln – die Jungs kriegen viel mit. Das Leben ist voller Leben. Auch wenn ich manchmal nicht so ganz sicher bin, ob ich das selbst gesteckte Ziel erreiche, freue ich mich, diesen für mich gangbaren Weg gehen zu können. Auf den Frühling und den Anfang!

*Florian Fierz,  
Blickershäuser*

**Bei Null anfangen**

**A**nfang März war es endlich wieder soweit: Die Temperaturen ließen es zu, dass wir bei unseren Bienenvölkern unter den Beutendeckel schauen konnten. Wir waren etwas in Sorge, weil die Varroabehandlung im vergangenen Jahr nicht so gut geklappt hatte, und meistens bedeutet eine ungenügende Vernichtung der Milbe im Herbst anschließend hohe Verluste im Winter und Frühjahr. Aber zum Glück fanden wir in vielen Kisten Völker, die schon aktiv waren. Fast überall gab es kleine Brutnester, die Königinnen begannen pünktlich mit der Eilage und Winterfutter war auch noch reichlich da.

Zur Aufzucht der ersten Brut im Frühjahr benötigen die Winterbienen besonders viel Energie aus dem Futter und dabei ist der Ausflug der Bienen sehr temperaturabhängig. Knappe 12 Grad in der Mittagszeit reichen, um einmal auszufliegen, um die Kotblase zu entleeren. Für das Sammeln auf den Blüten müssen die Temperaturen über den Tag beständiger sein, sonst erstarren die Bienen vor dem Rückflug. So kann in einem kalten Frühjahr das Volk noch im März verhungern. Die weiteren Tage im März wurden wieder sehr kalt, sodass die Völkerentwicklung vier Wochen später noch nicht viel weiter war. Die vorhandene Futtermenge hatte stark abgenommen und wir sind sehr froh, dass wir im Herbst nicht mit der Versorgung durch Zuckerwasser gespart haben. Ebenso wichtig für die Aufzucht ist eine ausreichende Eiweißversorgung über den Pollen. Hier bieten Narzissen, Krokusse,



**Der Start ins Bienenjahr**

Hasel und Weide ein erstes Angebot.

Als Drittes sammeln die Bienen auf ihren Ausflügen im frühen Frühjahr Wasser, um das eingedickte Futter aus den Waben zu lösen. Im nassen Gras, am Teichrand im Moos, am Rand der Gießkanne, einige Tollkühne lassen sich im Teich auf Blütenblättern treiben, saugen mit ihren Rüsseln Wasser auf und tragen es in das Volk.

Bei einigen Völkern fanden wir im März noch keine Bruteier. Die Königin war im Volk unterwegs, legte nur noch keine Eier. Warum? Leider beantworten die Bienen die Fragen des Imkers nicht. Ein Verlust der Königin wäre fatal, zu einem solch frühen Zeitpunkt im Jahr ziehen die Bienen sich noch keine Königin nach, weil es noch keine Drohnen zur Begattung gibt. Das Volk

wäre somit verloren. In solchen Momenten braucht der Imker/die Imkerin Geduld und Gottvertrauen, und wir hofften, dass auch hier die Königin zur Vernunft kommt. Mitte April war auch bei diesen Völkern alles in Ordnung. Solche Situationen gibt es immer wieder im Jahr und es ist einfach schön anzusehen, wie die Bienen die meisten Probleme selber lösen.

An den Bienenvölkern kann man den Klimawandel recht gut beobachten. Auf immer mildere Winter folgt häufig ein kurzes Frühjahr und die Temperaturen gehen schnell nach oben. Die Vegetation entwickelt sich sehr rasch und das Angebot an Nektar ist riesig. Auch wenn die Königin täglich ihre Legeleistung steigert, kommt die Volksentwicklung dem Angebot nicht

nach. Im Ruhrgebiet sind wir nicht auf die Blühangebote von Ackerflächen angewiesen. Viele Industriebrachen aus der Mitte des vergangenen Jahrhunderts wurden saniert und sind heute Erholungs-, Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete. Sie bieten den Bienen über das ganze Jahr eine große Vielfalt. Es gibt keine Massenerträge, wie sie z. B. der Raps bietet, aber die Pollenversorgung reicht bis in den Herbst und wir wissen unsere Bienen gut auf das kommende Jahr vorbereitet.

*Vera und Hartmut Thiel,  
Castrop-Rauxel*

**Betriebsspiegel:**

Bioimkerei Thiel  
24 Völker plus Nachzucht  
Vier Bienenstände am Ortsrand, in Natur- und Landschaftsschutzgebieten und im BUND-Schaugarten

# Ersten Abgleich der Kennzahlen als Testlauf sehen

Antibiotikamonitoring schafft statt Klarheit und ernsthafter Auseinandersetzung zunächst Verwirrung

Letztes Jahr im April startete in Deutschland das Antibiotikamonitoring für Mastbetriebe, um den Einsatz von antibiotischen Arzneimitteln in der Nutztierhaltung schrittweise und bundesweit koordiniert zu reduzieren. Es hängen hohe Erwartungen daran, aber auch Befürchtungen und Skepsis. Gerade hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zum ersten Mal die bundesweiten Kennzahlen zur Therapiehäufigkeit für das zweite Kalenderjahr 2014 veröffentlicht. Mit diesen soll auf den Betrieben ein Abgleich gemacht und bei hohem Verbrauch selbstständig mit Unterstützung der Tierärzte und z. T. behördlicher Prüfung gegengesteuert werden. Doch zunächst machen sich hauptsächlich Verwirrung, Zweifel an den Daten und ein Aufflammen des Ärgers von Landwirten über die kritische Beobachtung bemerkbar.

## Datenlage mit Fragezeichen

Es stellt sich von verschiedenen Seiten die Frage, ob die aktuellen Daten der Realität entsprechen: Dass bei Mastrindern das Mittel des Datensatzes bei Null liegt, scheint unwahrscheinlich. Ein Tierarzt aus einer norddeutschen Milchviehregion beschreibt: „Wir haben nur einen Betrieb, der reine Mast macht. Der kauft die Tiere zusammen und da setzen wir intensiv Antibiotika ein. Ansonsten werden hier eher zusätzlich eigene Tiere gemästet. Besonders in der Anfangsphase haben da manche gesagt: ‘Das kann ich doch bei den Kühen aufschreiben’.

Nein! Teilweise war die Angst davor, schon wieder kontrolliert zu werden, groß.“ Da innerhalb des brancheneigenen QS-Systems eine vergleichbare Datenbank aufgebaut wurde, deren Daten z. T. im Auftrag des Tierhalters an die staatliche weitergegeben werden, wäre es interessant zu klären, warum die Ergebnisse dort im Geflügelbereich niedriger ausfallen. Für Ferkel und Schweine sind sie vergleichbar. Und doch: Ein westfälischer Schweinehalter betont zunächst, ihm sei der Antibiotikaeinsatz im Betrieb viel zu hoch, das ärgere ihn selbst: „Weil die Schweine ja von verschiedenen Betrieben kommen, werden die eigentlich alle erstmal mit Antibiotika behandelt, weil da irgendwas meistens dabei ist. Das rät auch die Tierärztin.“ In der Auswertungstabelle vom Landkreis ist für seinen Betrieb als Therapiehäufigkeit 0,000 den amtlichen Kennzahlen gegenübergestellt. Wie kann das sein? „Das sind Zahlen für das zweite Kalenderhalbjahr 2014 und da mussten wir noch gar nicht melden“, ist sich der Bauer sicher.

## Verbesserungsbedarf

Insgesamt sind wenig Informationen zu bekommen. Es herrscht große Vorsicht, so auch bei Einschätzungen zur Vollständigkeit der Meldungen. Ein Hinweis auf eine mögliche Fehlerquelle ergibt sich aus der Aussage des BVL: „Betriebe, die keine Daten eingegeben, sich aber als meldepflichtig angemeldet haben, werden nach Auskunft von HI-Tier mit dem Wert ‘Null’ eingetragen. Die Gründe, warum keine Daten einge-

## Hintergrund:

Nach Veröffentlichung der für die Tierhaltung in Deutschland verwendeten Antibiotikamengen, die das BVL erstmalig auf Grundlage von Verkaufszahlen der Pharmaunternehmen zusammenstellte, war das Erstaunen über die hohen Zahlen groß: 2011 wurden 1706 Tonnen Antibiotika an tierärztliche Hausapotheken abgegeben, 2012 waren es 1619 Tonnen – wovon der Großteil im Nutztierbereich eingesetzt wird. Zusammen mit der Diskussion um die Gefahr zunehmend resistenter Keime, die größtenteils auf Probleme in der Humanmedizin zurückgehen, z. T. aber auch in der Nutztierhaltung ihren Ursprung haben, entstand politischer Handlungsdruck. Herausgekommen ist mit der 16. Änderung des Arzneimittelgesetzes (AMG) die Einführung eines Antibiotikamonitorings an Hand der Therapiehäufigkeit auf Mastbetrieben. Gefeierte wurde das gewählte Vorgehen als effektives, auf Vergleich beruhendes Benchmark-System – und kritisiert als zu wenig ambitioniert wegen fehlender Zielvorgaben. Auch bestehen Bedenken, dass zu einseitig nur die Verringerung des Antibiotikaeinsatzes im Vordergrund steht. Weil nicht gleichzeitig Daten zu Gesundheitszustand und Sterblichkeitsrate der Tiere erhoben werden, könnten auf Grund unterlassener Behandlungen Tierschutzprobleme entstehen, wenn der Reduzierungsdruck als sehr hoch empfunden wird.

geben worden sind, sind HI-Tier nicht bekannt.“ Das BVL bekommt nach eigenen Angaben „keinerlei Metadaten zu den Therapiehäufigkeiten zur Verfügung gestellt, sondern nur die Daten, die in der 16. AMG-Novelle stehen. Von daher kann das BVL auch keine Angaben zur Validität der Daten machen. Über den Anteil der Daten aus dem QS-System liegen keine Angaben vor.“ Bleibt die Frage, wie der weitere Umgang mit offenen Fragen und höchstwahrscheinlichem Verbesserungsbedarf aussieht.

Für TierhalterInnen muss deutlich werden, dass es nicht eine Strafmaßnahme ist, unter den oberen 25 Prozent zu liegen, sondern ein Hinweis auf Potential zur Verringerung des Medikamenteneinsatzes – und dass die eigenen Anstrengungen an Hand der Entwicklung der betrieblichen Therapiehäufigkeit sichtbar werden. Hilfreich könnte dafür sein, wenn wirksame Änderungsmaßnahmen für andere TierhalterInnen verfügbar gemacht werden könnten, um die Praxiserfahrungen in ein gemeinsames Vorgehen einzubinden. cw

## So funktioniert das Antibiotikamonitoring:

LandwirtInnen, die Masttiere halten, müssen ab festgelegten Bestandsgrößen halbjährlich die Anzahl und Art der gehaltenen und behandelten Tiere, die Bezeichnung der verwendeten Antibiotika sowie die Anzahl der Behandlungstage und die insgesamt angewendete Antibiotikamenge melden. Die Datenbank wird vom Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HI-Tier) geführt. Aus den Meldedaten ermitteln die Kreisbehörden für jeden Betrieb und jede Nutzungsart den betrieblichen halbjährlichen Therapiehäufigkeitsindex: Dieser gibt die Anzahl Behandlungseinheiten mit einem antibiotischen Wirkstoff pro Halbjahr an, die durchschnittlich auf ein Tier des Betriebes entfallen. Aus diesen betrieblichen Werten werden jedes Halbjahr vom BVL zwei Kennzahlen ermittelt, die einen von Mal zu Mal gleitenden Maßstab für die Betriebe bilden, der zeigt, wo sie selbst sich jeweils im Bezug dazu befinden: Der Median (Mittel) ist der Wert, unterhalb dessen 50 Prozent der Werte liegen, und das 3. Quartil (Drittes Viertel) ist der Wert, unterhalb dessen 75 Prozent der Werte liegen. Die Betriebe, deren betrieblicher Wert innerhalb der oberen 50 Prozent liegt, sollen sich mit ihrem Tierarzt besprechen, ob und wie der Einsatz von Antibiotika verringert werden kann. Diejenigen, deren Wert innerhalb der obersten 25 Prozent liegt, müssen einen Maßnahmenplan entwickeln und bei der örtlichen Behörde einreichen, die Änderungen anordnen kann.



Schluss soll sein mit dem Hähnchen als Grippemedikament

Foto: May/pixelio

**Tierwohl, ein Wort ist inzwischen für die einen Verheißung für die anderen Bedrohung. Längst ist die Debatte um Ringelschwänze, Stroh, Auslauf auf alle Bereiche der Gesellschaft übergeschwappt auch konservative landwirtschaftliche Kreise führen sie. Einmal mehr, seit nun auch die Wissenschaft, genauer der wissenschaftliche Beirat zur Agrarpolitik der Bundesregierung eingestiegen ist.**

## Nichts ändern ist keine Option

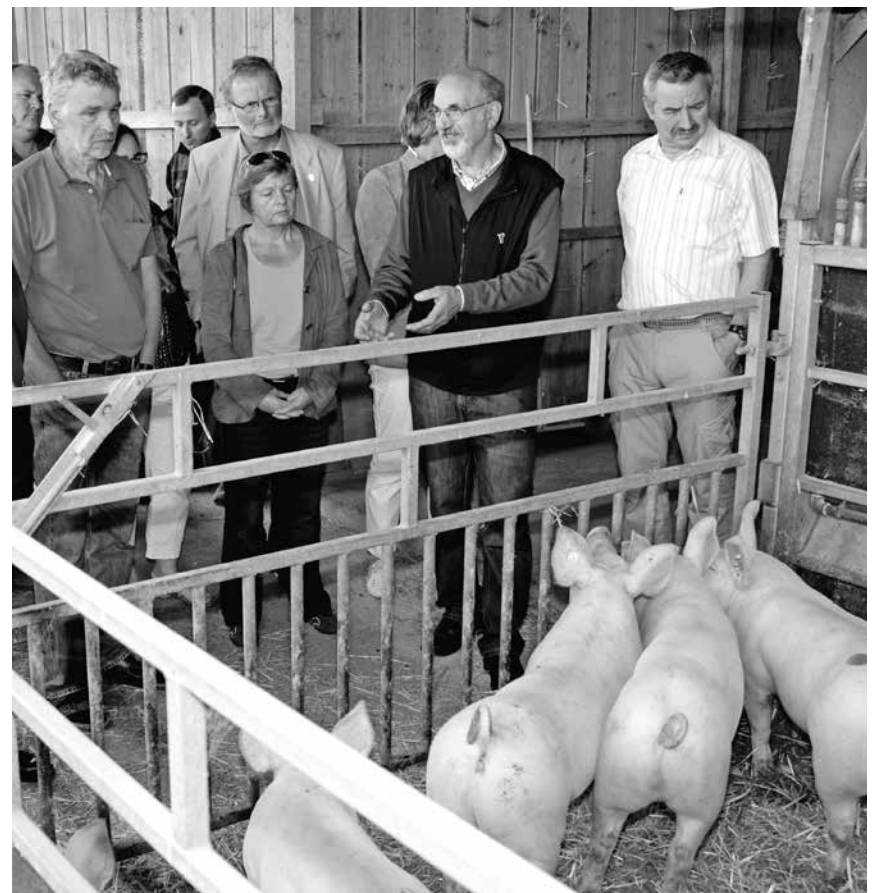
Gedanken von Beratern zur artgerechten Tierhaltung

Es herrscht Verunsicherung auf dem Land. Viele Schweinebauern sind unschlüssig, haben jahrelang Stückkosten reduziert und rationalisiert, weil ihnen alle gesagt haben: So müsst ihr es machen. Und jetzt kommt die Öffentlichkeit, aber zunehmend auch der Handel und schließlich auch die Wissenschaft und sagt: So wollen wir es nicht mehr, wir wollen Tierwohl, weg von Schreckensbildern von grauen, nackten Spaltenbuchten, von Schweinen mit bis zur Wurzel kupierten Schwänzen. Jan Hempler versucht tagtäglich auf Höfen gemeinsam mit Bauern und Bäuerinnen Perspektiven zu entwickeln. Er ist langjähriger Berater für die Nische artgerechte Tierhaltung bei der Landwirtschaftskammer in Niedersachsen. Es herrsche eher Schreckstarre als Aufbruchgeist, so seine Erfahrung, zumal eigentlich mit Schweinehaltung – egal wie – gerade kaum Geld zu verdienen sei. Trotzdem würde, wenn gebaut wird, besonders von den jungen Nachfolgern eher auf Altbekanntes zurückgegriffen, den breiten, vollklimatisierten Warmstall mit Spaltenböden. Die Baufirmen böten da auch mangels Nachfrage kaum Innovationen an. Die, die eine Umstellungsberatung von ihm wollten, seien eher die Fünfzigjährigen, offensichtlich ist die Revolution kein Privileg der Jugend mehr. Den Unsicheren, die nur ein bisschen ändern wollten, empfehle er, zumindest so zu bauen, dass Optionen offen bleiben, um später noch eine echte artgerechte Tierhaltung hinzubekommen. Echt im Sinne von Neuland oder Bio mit den Essentials Stroh, Auslauf, Luft.

### Baustopp

„Es kann durchaus sein, dass es für die fünf oder zehn Jahre alten Warmställe keine Umbaulösung gibt“, macht Rudolf Wiedmann deutlich. Auch er beschäftigt sich seit vielen Jahren mit artgerechter Schweinehaltung, hat in der Lehr- und Versuchsanstalt im baden-württember-

gischen Boxberg das Pigportsystem entwickelt und verbringt nun seinen Ruhestand mit der Beratung von Bauern und Bäuerinnen. Umso schlimmer sei es, sagt auch Wiedmann, dass bei vielen Neubauten nach wie vor die alten Fehler reproduziert würden, die Schweinehaltung nur mit der verbotenen Praxis des Schwänzekupierens funktioniere. Das sei auch ein Politikum, es reiche nicht, wie Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) eine Vorgehensweise der „freiwilligen Verbindlichkeiten“ zu formulieren, es bedürfe einer aussagekräftigen Kennzeichnung und eines Baustopps für nicht artgerechte Ställe. „Neubauten dürften nur noch genehmigt werden“, fordert auch ein weiterer Experte auf dem Gebiet der artgerechten Tierhaltung, Bernd Kuhn, „wenn sie auf Stroh ausgelegt sind.“ Er baut schon seit Jahrzehnten mit Bauern und Bäuerinnen Ställe um und neu, für Neuland, für Bio, für den Tierschutzbund, ist aber damit einer der ganz wenigen. Er sagt, es fehlten Erfahrungen, schließlich sei 30 Jahre lang nicht über Strohställe nachgedacht worden. Erst ganz neu gebe es zum Beispiel ein Projekt, um technische Möglichkeiten wie Schredder und Schieber zum Einsatz von Stroh zumindest in Teilbereichen abgedeckter Spaltenbuchten auszuloten. Zu Lösen gelte es das Problem, dass in die Güllekeller gelangendes Stroh dort im schlimmsten Fall eine nicht mehr transportierbare Schwimmdecke produziere. Die Breite der Bauhülle ist aus Sicht von Kuhn und Wiedmann ein weiteres Problem, dadurch lassen sich Buchten kaum sinnvoll in unterschiedliche Funktionsbereiche unterteilen, außer man bilde Großgruppen, die aber laut Kuhn „auch nicht der Weisheit letzter Schluss“ sind. Von frischer Luft, unterschiedlichen Klimazonen oder gar Ausläufen gar nicht zu reden, obwohl gerade diese wesentliche Faktoren des Wohlbefindens und damit Verhinderungsaspekte des Schwanzbeißen sind. Man könne versuchen, Außen-



wände nach innen zu verlegen, um damit schmalere Gebäudehüllen und Ausläufe zu schaffen, konzipiert Wiedmann im Kopf und müsse Stroh und Futter wieder mehr als Beschäftigungsobjekt sehen denn als reine Nahrungsquelle.

### Aufbruch

„So geht es jedenfalls nicht weiter“, sagt der Unruheständler, der mit seinem Pigport-Neubaukonzept bei Bauernveranstaltungen wie jüngst auch bei Schlachttycoon Tönnies auf Skepsis wie Begeisterung gleichermaßen stößt. Tönnies will, dass seine Lieferanten irgendwann zukünftig die Schweineschwänze lang lassen, die Symbolik des Ringelschwanzes ist längst zur Systemfrage geworden. Aber, kritisiert Wiedmann, wenn Tönnies und alle anderen, die sich mit Tierwohl schmücken wollten, nicht sagten, was für die Bauern dabei rumkäme, bräuchten sie gar nicht auf die zu Höfe kommen. Einzige Edeka im Südwesten hat sich bisher mit festen Lieferkonditionen für sein so genanntes „Sternefleisch“ festgelegt. 2,15 Euro pro Kilo Schweine für fünf Jahre, eine Zertifizierung mit dem Premiumsiegel des Tierschutzbundes, Fördermittel durch das Land Baden-Württemberg: Nur dann könne man sich als Schweinebauer darauf einlassen abzustocken, neu oder umzubauen, die Neuland-Standards umzusetzen, sagt Bernd Kuhn, der für den Tierschutzbund Betriebe rekrutiert. Dass ein Umstieg zu 100% finanziert werde, könne aber kein Bauer erwarten und klar werde es Betriebe geben, die eher aufhörten als

umbauten, aber mehr Tierwohl deshalb zu lassen, sei eben auch keine Option, so Kuhns Überzeugung.

### Mainstream

Der Handel tut sich schwer damit, sich so weit aus dem Fenster zu lehnen wie Edeka Südwest, schließlich hat man gerade – auch die Edeka-Zentrale – mit dem Bauernverband die Branchenlösung angeschoben, um eben nicht – teuer – zu müssen. Die Strategie, alles in einen Topf und wenige Fortschrittliche maskieren viele, die sich nicht bewegen, ermöglicht weiterhin den Preiskampf mit den Kotelettangeboten, während ein ausgewiesenes gelabeltes Schwein neben der getrennten Verarbeitung auch noch Kreativität in der Verarbeitung erfordert, weil es nicht nur aus Sonderangebotskoteletts besteht. Auch die Bauern glaubten vielfach immer noch, dass sich Tierwohl in der Breite nicht durchsetze, resümiert Jan Hempler, dabei weise der niedersächsische Tierschutzplan eindeutig den Weg. Und vielleicht mehr noch als die positiven Inhalte zeigt die Tatsache, dass er, von einem schwarzen Minister angeschoben, nun von einem grünen Minister umgesetzt wird, wie „Mainstream“ die Idee eines besseren Umgangs mit unseren Nutztieren längst ist. Sie bietet die Möglichkeit der qualitativen Profilierung, deshalb sollten gerade bäuerliche Betriebe artgerechte Tierhaltung als Chance angehen und nicht als Bedrohung sehen. cs

# „Es braucht sichtbare, lebende Beispiele für Änderungen“

Gespräch mit der Nutztierwissenschaftlerin Professor Dr. Ute Knierim über das Tierwohlgutachten des Wissenschaftlichen Beirats

*Unabhängige Bauernstimme: Sie sind Mitglied des vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) berufenen wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, der Ende März sein Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ vorgelegt hat. Welche Reaktionen nehmen Sie wahr und wie verläuft die Diskussion?*

Prof. Dr. Ute Knierim: Die Reaktionen reichen von Begeisterung bis zu vollständiger Ablehnung. In der derzeitigen Atmosphäre scheint das Gutachten mit den kritischen Aussagen zum Tierwohl zum Teil als eine zusätzliche Zumutung empfunden zu werden. Gesprächsbedarf ist von allen möglichen Seiten angemeldet worden. Darin sehe ich die größte Wirkung des Gutachtens: in diesem Diskussionsprozess einen weiteren Impuls zu geben, sich damit auseinander zu setzen und die Debatte sachorientierter zu führen. Es ist ein Thema, das

viele Emotionen hervorruft und verschiedenste Ebenen hat. Da geht es bei den Landwirten nicht nur um ihren Lebenserwerb, sondern um etwas, womit sie sich zu einem großen Teil identifizieren, und um Anerkennung oder Nicht-Anerkennung. Wir versuchen auseinander zu nehmen, wie es zu dieser Situation kommen konnte, die wir wahrnehmen und als Klemme empfinden: Da klafft ein Abstand zwischen dem, was die Landwirte tun und für richtig halten, und den Erwartungen, die auf verschiedenen Ebenen in den Medien und von gesellschaftlichen Gruppen angesprochen werden. Eine fachliche Diskussion, bei der gezielt Kompromisslinien gesucht und nicht nur Abwehrgefechte geführt werden, hat es nach unserer Wahrnehmung bisher nur ansatzweise gegeben.

Als Wissenschaftler können wir die Situation analysieren und aufzeigen, welche Faktoren dazu führen, dass es den

Tieren besser oder schlechter geht. Die Einigung, was für vertretbar gehalten wird, erfordert aber einen gesellschaftlichen Verständigungsprozess, weil dies von Werturteilen und Abwägungen verschiedener Interessens- und Zielkonflikte beeinflusst wird und letztlich eine politische Entscheidung ist. Mit den Leitlinien haben wir Eckpunkte aufgezeigt, die von Bedeutung sind, einerseits aus der Sicht des Tieres und andererseits aus der Sicht verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Und wir haben auf Zielkonflikte hingewiesen.

*Die große Frage ist, wie kann sich mehr Tierwohl ganz praktisch auf den Höfen durchsetzen?*

Ein zentraler Diskussionspunkt ist zum Beispiel das Schwanzkürzen und die Frage, ob die konventionelle Schweinehaltung in der Lage ist, damit aufzuhören und wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt. Bisher war die vorherrschende Meinung, das geht auf absehbare Zeit nicht. Bei Gesprächen mit Betrieben, die sich auf den Weg gemacht haben, wird klar, wenn man anfängt, sich im Detail damit zu beschäftigen, dann ist es nicht unmöglich, aber es bedarf sehr großer Anstrengungen. Und wir stehen gerade auch in der Schweinehaltung vor dem Problem, dass die Ställe kaum Modifikationsmöglichkeiten bieten und nicht gut mit anderen Konzepten funktionieren. Ideen, wie z. B. mehrere Funktionsbereiche, sind zum Teil gar nicht umsetzbar, weil das gesamte Lüftungs- und Entsorgungssystem auf eine unstrukturierte Fläche eingestellt ist. Da ist Bauen mit mehr Flexibilität, was Möglichkeiten für Entwicklung in verschiedene Richtungen offen lässt, ein sehr guter Ansatz. Deswegen ist die Zieldebatte wichtig, denn bei den Ställen, die jetzt neu gebaut werden, muss man diese Dinge berücksichtigen und nicht anschließend da stehen und sagen: „Jetzt habe ich investiert und was soll ich jetzt machen?“

Die neuen Anforderungen sind von den Landwirten nicht einfach so zu bewältigen, sie brauchen da Unterstützung. Sie müssen sowohl ökonomisch als auch vom Know-how her in die Lage versetzt werden, Veränderungen vorzunehmen und dabei nicht unterzugehen. Das kann nur mit einer intelligenten und gut koordinierten Mischung von verschiedenen Maßnahmen funktionieren – auch, um nicht den Strukturwandel zu verschärfen.

*Wer ist da angesprochen und wie kann*



Prof. Ute Knierim

Foto: privat

*eine langfristige Verbindlichkeit entstehen, damit Landwirte sich auf Veränderungen einlassen können?*

Angesprochen ist nicht nur die Politik zur Regelung, Förderung und Koordinierung. Es ist die Verantwortung der Verbraucher, die eingeforderte Qualität auch zu kaufen. Damit die Unterschiede erkennbar sind, müssen sie im Handel wiederum mit Motivation entsprechend beworben werden. Die Langfristigkeit ist ein großes Problem: Die Planungen in der Landwirtschaft mit Investitionszeiträumen von 20 bis 30 Jahren passen weder mit kurzfristigen Vorgaben des Handels oder der Verarbeiter noch mit den politischen Zeitdimensionen zusammen: Bei Programmen zu Tierschutzprämien oder Kompensationszahlungen liegen wir in Bereichen von maximal fünf Jahren. Deswegen muss das in einen gesamtgesellschaftlichen Prozess eingebunden sein. Politisch könnte eine Enquete-Kommission im Bundestag zu einem stärker parteiübergreifenden Konsens führen. Es braucht eine Macht des Faktischen, wie sie z. B. bei der Förderung des Ökolandbaus zu erkennen ist, so dass nicht plötzlich alles zurückgedreht werden kann.

*Im Gutachten wird die Betriebsgrößen-diskussion angesprochen und als nicht zielführend für die Debatte bezeichnet. Dennoch werden strukturelle Effekte deutlich, weil kleinere Betriebe meist andere Wege gehen müssen als größere. Braucht es nicht zumindest eine Differenzierung von Unterstützungsmaßnahmen?*

Dem würde ich zustimmen. Wenn man aus strukturpolitischen Gründen die Familienbetriebe erhalten will, dann muss man sie auch entsprechend diffe-

## Mutige Aussagen – mit agrarindustrieller Schlagseite

Die gesellschaftliche Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ für eine artgerechte, regional- umwelt- und anwohnerverträgliche Nutztierhaltung hat erfreulicherweise auch namhafte Agrarwissenschaftler erreicht. Ihr Gutachten erklärt die bisherige Entwicklung wegen Defiziten im Tier- und Umweltschutz, wegen Wertewandels und fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz für „nicht zukunftsfähig“ und fordert wirkliche Veränderungen statt leerer PR-Kampagnen. Das ist richtig und mutig, wie die reflexartige Ablehnung durch Agrarindustrie und Bauernverband beweist. Dem Gutachten kann man viele Fakten und zu beachtende Zusammenhänge bei den anstehenden Maßnahmen entnehmen. Leider bleibt es an zentraler Stelle alter agrarökonomisch-neoliberaler Ideologie verhaftet:

Entsprechend dem Markt-Prinzip von „Wachsen oder Weichen“ („Allokation der Ressourcen“) lehnt das Gutachten jede Kritik an der Verdrängung von Bauernhöfen durch agrarindustrielle Strukturen ab, ebenso alle gewerkschaftsähnlichen Strategien von Bauern für einen „fairen“ Erzeugerpreis. Dementsprechend will man auch keinen Unterschied zwischen Bauernhöfen und Agrarfabriken erkennen. Man hofft sogar auf Tier- und Umweltschutz vor allem in großen Strukturen und geht gegen deren gesellschaftliche Ablehnung an: „Dabei könnte auch der derzeit sehr starken Fokussierung der gesellschaftlichen Diskussion auf die Rolle der Betriebsgröße („Massentierhaltung“) für den Tier- und Umweltschutz entgegengewirkt werden. Nachzeitigem Kenntnisstand hat die Betriebsgröße gegenüber anderen Einflussfaktoren (wie der Managementqualität) einen vergleichsweise geringen Einfluss auf das Tierwohl.“ Dass diese folgenschwere Aussage jeder Grundlage entbehrt, geben die Gutachter selber zu: Es gebe „kaum Arbeiten“ zum Zusammenhang zwischen Bestandsgröße und Tierschutz. Auf diesem dünnen Eis werden dann trotzdem massive Aussagen gegen die Bevorzugung kleinerer Betriebe und für die Schrittmacherfunktion und die „besondere Verantwortung gerade der großen Betriebe“ gemacht. Strategien gegen das weitere Vordringen der Agrarindustrie fehlen. Die Struktur-Diskussion wird deshalb ein Abl-Schwerpunkt im anstehenden Diskurs um die Zukunft der Nutztierhaltung sein: Zumindest im Bereich der Milchviehhaltung erkennt das Gutachten einen Zusammenhang zwischen Bestandsgröße und Weidegang. Bei der Geflügelhaltung übersieht man, dass es eine wirkliche Freilandhaltung in Großbeständen allein deshalb nicht geben kann, weil die meisten Tiere (die Artgenossen in Herdenstrukturen nur bis zu 300 Tieren unterscheiden können) den ohnehin weiten Weg zu den Ausgängen nicht finden und weil die großen Freilandareale wegen weiter Entfernungen gar nicht genutzt werden. Bei der Schweinehaltung huscht man über die Tatsache hinweg, dass z.B. das Kupierverbot für Ringelschwänze ohne Stroheinstreu nicht funktioniert und dass ein Stallumbau auf Strohhaltung und Auslaufplatte am besten zu bäuerlichen Strukturen passt. Ganz abgesehen davon, dass das Bundesinstitut für Risikobewertung einen eindeutigen und nachbarschaftsrelevanten Zusammenhang zwischen Bestandsgrößen und MRSA-Keimen nachgewiesen hat...

Eckehard Niemann, Abl-Vertreter im Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“

Fortsetzung Seite 13 unten

# Empfehlung für abgestimmten Umbau der Nutztierhaltung

Einblick ins Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ des Wissenschaftlichen Beirates Agrarpolitik

Das Gutachten versucht auf knapp 400 Seiten möglichst umfassend aus verschiedenen Perspektiven die Situation der deutschen Nutztierhaltung vor dem Hintergrund der Marktzusammenhänge sowie der Aspekte der gesellschaftlichen Diskussion darzustellen. Die 14 WissenschaftlerInnen des vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) eingesetzten Beirats (WBA) sehen bei aller Differenzierung und Anerkennung der wirtschaftlich erfolgreichen Entwicklung sehr deutlichen Handlungsbedarf vor allem in den Bereichen Tier- und Umweltschutz. So hält der WBA „die derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere für nicht zukunftsfähig“ und mahnt andere Wettbewerbsstrategien als die der Kostenführerschaft an, denn „mittel- bis langfristig sind Exportsteigerungen auf Basis eines kostenfokussierten Geschäftsmodells für Deutschland unwahrscheinlich“. Angeführt wird auch, dass „teilweise nicht allein Kosten-, sondern auch Wachstumszwänge ein Problem für die weitere Verbesserung des Tierschutzes darstellen können“.



Solche Bilder wünscht sich die Gesellschaft

Foto: Schievelbein

## Veränderte Haltung kostet

Der Beirat hat in Form von Leitlinien Vorschläge für Zielvorgaben zur Entwicklung der Tierhaltung gemacht. Darunter fallen umgestaltete Haltungsbedingungen (u. a. Zugang zu unterschiedlichen Klimazonen – vorzugsweise mit Außenklima, verschiedene Funktionsbereiche, Angebot von Einrichtungen, Stoffen und Reizen zur artgemäßen Beschäftigung, Nahrungsaufnahme und Körperpflege), verändertes Management (u. a. Verzicht auf nicht-kurative Eingriffe wie Schwänze und Schnäbel kürzen, verringerter Arzneimitteleinsatz) und eine andere Ausrichtung bei den Zuchtzielen (stärkere Berücksichtigung funktionaler Merkmale statt Konzentration auf

Leistungsparameter, um Robustheit zu fördern). Immer wieder wird für die Abwägung möglicher Veränderungen auf Zielkonflikte hingewiesen. Meist ist die Wirtschaftlichkeit betroffen. Deshalb wurde eine grobe Kostenschätzung vorgenommen, die von 13 bis 23 Prozent Mehrkosten in der Größenordnung von drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr ausgeht. Dies wären drei bis fünf Prozent der Aufwendungen privater Haushalte für Lebensmittel in Deutschland. Weil diese Zusatzkosten sogar im Rahmen der bekundeten Zahlungsbereitschaft eines großen Anteils der Bevölkerung liegen, lehnen die Wissenschaftler eine reine Kostenargumentation gegen Verbesse-

rungen im Tierwohlbereich ab.

Insbesondere für den Tierschutz, aber auch für die Themenbereiche Umweltschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit, Fairness und Sozialverträglichkeit sowie Raumnutzungskonflikte spricht der WBA Empfehlungen aus, welche Maßnahmen kurz-, mittel- oder langfristig von welchen Akteuren angegangen und umgesetzt werden können. Für den Tierschutz wird insbesondere die nötige Mischung verschiedenster Maßnahmen von Politik und anderen Akteuren zum Auffangen der Mehrkosten betont. Dazu zählen u. a. Fördermöglichkeiten mit Mitteln der zweiten Säule der Europäischen Agrarpolitik (GAP), z. B. durch

angepasste Investitionsförderung oder Einführung von laufenden Tierwohlzahlungen. Zur besseren Ausstattung sollen Mittel aus der ersten in die zweite Säule verschoben werden. Langfristig wird vorgeschlagen, Tierschutzzahlungen im Rahmen der ersten Säule zu integrieren, was Ähnlichkeit mit der Greeningprämie haben könnte. Bei allen Vorschlägen sind Zielkonflikte und Verteilungskämpfe um Mittel unvermeidbar, was einen umfassenden Diskussionsprozess erfordert, den der WBA möglichst zügig einfordert – auch damit sich für die Bauern und Bäuerinnen eine verbindliche Orientierung ergibt und sie sich auf neue Zielgrößen einstellen können. *cu*

## Fortsetzung von Seite 12

renziert unterstützen. Wir wissen, auch aus eigenen Untersuchungen, dass Kosten für Tierschutzmaßnahmen in kleineren Betrieben pro Tier meist stärker zu Buche schlagen als in größeren. Rein aus Tierschutzsicht kommt es im Endeffekt auf das Ergebnis an. Wenn wir uns über eine bestimmte Zielgröße verständigen, dann muss man überlegen, wie die zu erreichen ist, und weder im Kleinen noch im Großen mit einem Strukturargument

begründen, dass es nicht geht.

### Was ist für Sie der wichtigste nächste Schritt?

Aus meiner Sicht ist ein wichtiger Baustein, die Tierschutzkennzeichnung auf festere Beine zu stellen. Dafür gibt es zwei Adressaten: die Politik und den Handel. Über ein staatlich fundiertes Label könnte Vertrauen geschaffen werden, indem das Ganze rechtlich abgesichert und entsprechend unterstützt wird. Im Handel geht es um die Koexistenz verschiedener Ansätze. Man sollte diese

nicht gegeneinander ausspielen. Die Brancheninitiative Tierwohl hat vor allem Dynamik in die Diskussion unter den Landwirten gebracht, sich ernsthaft damit zu beschäftigen, was kann ich z. B. als Beschäftigung für die Schweine bieten. Es braucht eine Entscheidung des Handels, nicht nur zu sagen, die Initiative ist gut, das unterstützen wir – auch noch viel mehr als wir es jetzt tun, weil das Geld nicht ausreicht – sondern andererseits befördern wir genauso den Tierschutzlabelansatz. Da geht es nicht nur

darum, dass die Käufer eine Wahl haben, sondern vor allem, dass lebende Beispiele entstehen, weil sich in der Landwirtschaft Änderungen am leichtesten über den Schneeballeffekt ausbreiten. Neuland, Bio oder Tierschutzlabel – je mehr es insgesamt werden, die sich offen mit dem Thema beschäftigen, umso größer ist die Chance, dass andere Betriebe sich das abgucken und kreative, neue, individuell passende Lösungen entwickelt werden.

Vielen Dank für das Gespräch! *cu*

# Schweine nicht im Weltall

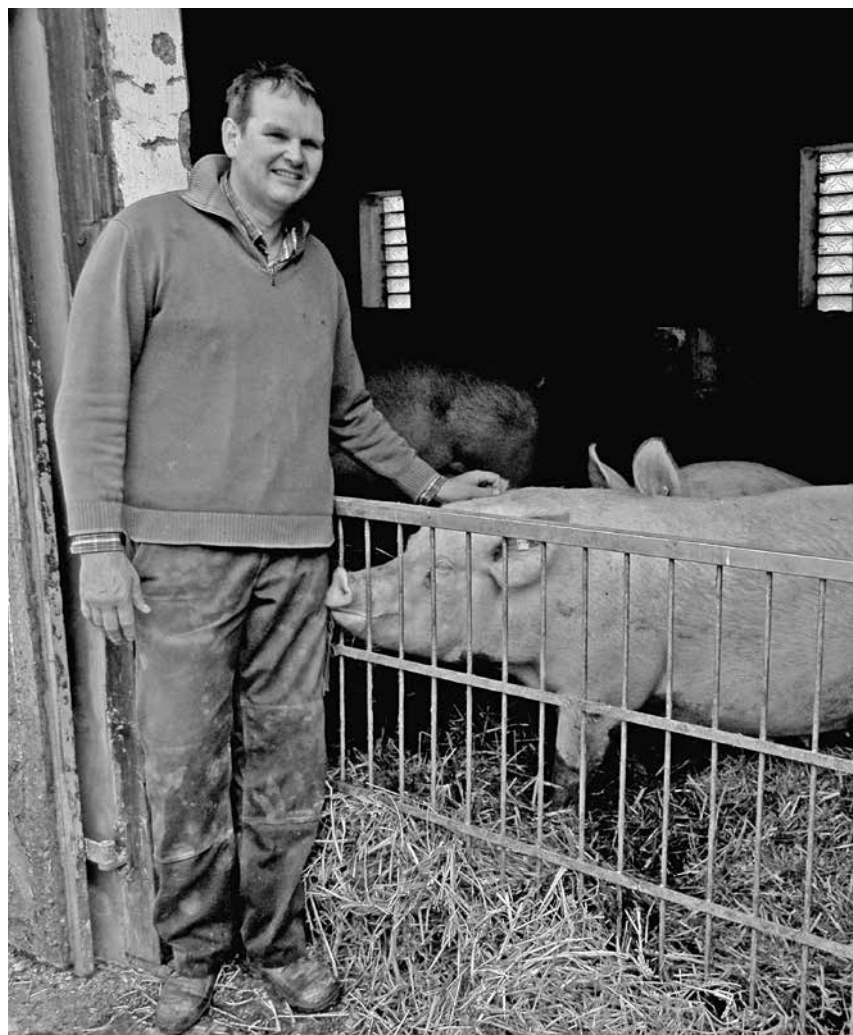
Ganz nah bei den Schweinen sind die Menschen auf dem Hof der Familie Erle

Der Bauer guckt schmunzelnd in die Abferkelbucht, in der zwei große Fast-Absetzer über einen Berg Neugeborener steigen, während die Sau – Mutter der Großen und Amme der Kleinen – träge in ihrem so genannten Ferkelschutzkorb liegt. „Einfach ist langweilig“, sagt Matthias Erle und meint damit nicht nur den Umgang mit immer größeren Würfen, obwohl die Sauen kaum in der Lage sind damit umzugehen und damit – eben nicht immer ganze einfache – Ammen ins Spiel kommen. Schweinehaltung solle, so Erle, damit sie sich rechne, heutzutage einfach sein. Viele Kollegen wollten nur noch auf Fütterungskurven und Lüftungskurven gucken, Fertigfutter rein, fertige Schweine raus. Nun zwingt die gesellschaftliche Debatte dazu, „das Denken wieder anzufangen“. Es gebe, das habe ihm ein Bauernverbandsvertreter direkt gesagt, die Sorge, dass einige Bauern das hinkriegten, dauerhaft die Schweineschwänze dranzulassen. Guckt man in Erles Ställe, die sehr unterschiedlich sind und damit kaum für irgendein Programm zertifizierbar wären, sieht man fast nur noch Ringelschwänze, nicht nur bei den neugeborenen Ferkeln, sondern auch bei Absetzern und Mastschweinen. Dass es funktioniert mit Schwänzen, ist im Wesentlichen eine Kombination aus mehr Platz, stimmigen Luftverhältnissen ohne Zug, Heuraufen, einer eigenen Futtermischung aus einer nahen Mühle, zum Teil Stroh, zum Teil Auslauf und immer wieder und ganz viel Tierbetreuung und -beobachtung. Und letzteres, obwohl kein einziges Schwein direkt am Wohnhaus der ausgebildeten Agraringenieure Matthias und Sabine Erle sowie ihrer dreizehnjährigen Tochter Friederike im südniedersächsischen Klein Lengden lebt, sondern – auch passend zur Aussage: Einfach ist langweilig – ein Teil der Mastschweine zwar im selben Dorf, die Sauen und Absetzer aber im Nachbarort und weitere Vormast- und Mastschweine noch ein Stück weiter weg gehalten werden.

## Weniger und fitter

Die Erles haben insgesamt 50 Sauen, ziehen die Ferkel selbst auf und mästen sie, kaufen aber auch 400 Babyferkel zu, die im Freiland in Hütten aufgezogen werden, so dass sie die 1.200 Mastplätze voll bekommen. Die Ställe sind teilweise gepachtet und zeigen einen Rundgang durch die verschiedenen

Möglichkeiten von Schweinehaltung. Alle Schweine leben – schon aus gesundheitlichen Gründen wird darauf Wert gelegt – eine Zeitlang im Freien mit Hütten, es gibt Strohtiefställe, aber auch Spaltenställe nur mit Heuraufen. Die Sauen leben in Gruppen im offenen Strohstall, Abferkelbuchten gibt es mit und ohne Stroheinstreu. Es sind keine freien Abferkelbuchten, allerdings lassen die Erles ferkelführende Sauen auch durchaus mal über den Hof



Frische Luft, Stroh, Zuwendung gibts für Erles Schweine

Foto: Schievelbein

spazieren, das stärkt schließlich den Kreislauf, beugt Gelenkproblemen vor und verschafft den Müttern mal eine Pause von ihren ewig fordernden Kindern. Sabine Erle sagt: „Ich empfinde da auch so was wie Frauensolidarität, denke mir, wenn ich in den Stall komme: ‘Na, wie geht es dir jetzt mit deiner Bande’, nehme noch mal einen Extraapfel mit, wenn es eine schwerer hat.“ Mit 26 aufgezogenen Ferkeln pro Sau und Jahr sind die Erles eher Mittelfeld. „Eigentlich ist mir lieber, es sind etwas weniger und sie sind dadurch fitter“, sagt Matthias Erle, Schwanzbei-

ßer würden häufig mickrige, zu kurz gekommene, also gelte es von Anfang an für alle gute Bedingungen zu schaffen. Außer Matthias und Sabine Erle gibt es noch einen Mitarbeiter für die Schweine und für den Acker eine GbR, die Entlastung schafft. „Zeiten ändern sich und Ziele auch“, formuliert Matthias Erle zur Betriebsentwicklung. „Am Anfang stand die Frage, wie zu Einkommen kommen und jetzt geht es darum, wie wir entspannter leben und

wann Erle an, den Sauenstall zu übernehmen. „Wir sind gemeinsam gewachsen“, sagt Erle, „von fünf auf 80 Schweine, die Woche. Und jetzt soll es auch nicht mehr werden.“ Das Verhältnis ist eng, der Metzger sucht aus, welche Schweine er wann für was braucht, geschlachtet wird bei ihm oder im nahen Schlachthof in Heiligenstadt. Einen kleinen Teil der Produkte verkaufen Erles samstagsmorgens mit Brötchen in ihrem kleinen Hofladen. Die Wünsche der Kunden wandelten sich, so ihre Erfahrung, die Portionen würden kleiner, die Bereitschaft zum Kochen geringer, Besonderheiten gefragter. Die älteren Dörfler kämen am kontinuierlichsten und seien am unkompliziertesten, die kauften nach wie vor den ganzen Blutwursting und den Sonntagsbraten.

## Viel Arbeit

Auf dem Acker, der durch drei weitere GbR-Mitglieder auf 500 ha – Erles bringen dort 170 ha ein, wovon ihnen 20 ha gehören – gewachsen ist, pflegen die GbR-Mitglieder („Es ging bei der GbR nicht darum, jemanden wegzurationalisieren.“) eine relativ weite Fruchtfolge aus Weizen, Gerste, Roggen, Hafer, Zuckerrüben, Raps, Silomais und ganz neu auch Ackerbohnen. Durch die Teilnahme an einem Befallsmonitoring sind die Aufwendungen für Pflanzenschutzmaßnahmen geringer als bei Vergleichsbetrieben, bei entsprechendem Ertragsniveau. Ein Teil der Ernte – eben nun auch die Ackerbohnen – wandern in die Futterrationen, die zum größten Teil die benachbarte Mühle nach Erles Anforderungen zusammenmischt, einen Rest mischt er selber. 6.000 kleine Ballen Stroh und 350 Rundballen müssen auch geerntet werden, bevor sie – jeden Tag wird nachgestreut – in den Schweineställen landen. Und auch das Heu für die Raufen in allen Ställen (nur im Abferkelstall suchen Erles noch nach einer Möglichkeit auch Heu frei anbieten zu können) muss vom eigenen Grünland gemacht werden. Darauf stehen zudem sechs Mutterkühe mit Nachzucht. Das alles ist viel Arbeit – auch mal Heu im Güllekanal oder Nachbarschafe in der Ferkelhütte –, die nicht immer ausreichend bezahlt wird, auch wenn die Lieferbeziehungen gut und fest sind. Aber es ist eben mehr als nur viel Arbeit: Es ist auch Freude am eigenverantwortlichen Denken und Handeln. cs

# Keine patente Umgangsweise

Die Arbeit des Europäischen Patentamtes in Sachen Bio-Patente bleibt kritikwürdig

Die Auseinandersetzung um Patente auf Pflanzen und Tiere hatte öffentlich bislang nicht gerade Straßenfegerqualitäten. Die Thematik ist kompliziert und damit nicht wirklich NGO-kampagnentauglich, es gibt kein Interesse der Wirtschaft, sie an die große Glocke zu hängen, weil das ihre Interessen entblößen würde, und auch die Politik machte in der Geschichte nicht immer eine gute Figur, so dass auch dort nicht wenige nicht unglücklich sind, dass nun auch das jüngste Kapitel kaum öffentliches Aufsehen erregte. Ende März hat die große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes (EPA) endgültig entschieden, dass Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen erteilt werden dürfen. Das Gremium hat kein Problem damit, die gesetzlichen Regelungen dahin gehend auszulegen, dass die beiden in Rede stehenden konventionellen Züchtungen, die für besondere Eigenschaften bei Brokkoli und Tomate sorgen, patentierbar sind. Diese Entscheidung sendet nach jahrelanger Auseinandersetzung mit Biopatentkritikern, besonders mit dem Bündnis „Kein Patent auf Leben“, ein positives Signal in Richtung Pflanzenzüchtungskonzerne. Die Möglichkeit, sich auch konventionell erreichte Züchtungsschritte patentieren zu lassen und damit die Kontrolle darüber zu übernehmen, wie und von wem sie genutzt werden, ist äußerst attraktiv, besonders eben für multinationale Konzerne, die damit Marktsteuerungsmacht gewinnen. Da sorgt sich selbst der Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) um die Interessen seiner Mitglieder, weil die Sache ihm offenbar eine Nummer zu weit geht. Der BDP kritisierte die Entscheidung der Beschwerdekammer des Patentamtes, weil er das Züchterprivileg, also die freie Nutzbarkeit von Pflanzensorten durch die Züchter zur Weiterzucht, in Gefahr sieht.

## Grundlegende Reform

Es geht hierbei eigentlich um ähnlich weitreichende Entwicklungen wie beim Freihandelsabkommen TTIP, mit dem Unterschied, dass dagegen eine breite Bürgerbewegung auf die Straße geht, während sich über Bio-Patente oder die Praxis des EPA – bislang zumindest – „nur eine kleine Fachöffentlichkeit“ empört. Das sagt einer, der schon länger versucht, nicht nur innerparteilich seine Parlamentskollegen davon zu überzeugen, dass es in Sachen Bio-Patente politischen Handlungsbedarf gibt. Matthias Miersch, SPD-Bundestagsabgeordneter und Rechtsexperte in Sachen Saatgut, sieht in der Frage der Bio-Patente eine

Sache, die mittelbar jeden betreffe und die deshalb viel stärker in die öffentliche Wahrnehmung rücken müsse. Zwei zentrale Baustellen sind aus Sicht Mierschs dabei zu bearbeiten. „Wir brauchen eine grundlegende Reform des EPA, es ist kein Amt und es handelt meiner Ansicht nach interessengeleitet.“ Er führt weiter aus: „Ein Grundwebfehler des EPA ist, dass es sich aus den Einnahmen erteilter Patente finanziert.“ In der Tat ist der Ausdruck Amt irreführend, das Europäische Patentamt ist eine internationale Organisation, die von 38 Mitgliedsstaaten getragen wird. Darunter sind alle Länder der Europäischen Union, aber auch Länder wie die Schweiz, Norwegen und die Türkei, die nicht zur EU gehören. Überwacht werden soll das EPA von einem Verwaltungsrat, in dem Vertreter der Mitgliedsländer – also auch der Bundesregierung – sitzen. Trotzdem macht es im Wesentlichen, was es will und was den Interessen der Patentantragsteller entgegenkommt. „Der Wille des Gesetzgebers wird mit der jüngsten Entscheidung kontakariert“, ist Miersch überzeugt. So stehe in Deutschland beispielsweise im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien, dass das Verbot der Patentierbarkeit konventioneller Pflanzenzüchtungsverfahren – welches übrigens auch in der Europäischen Biopatentrichtlinie verankert ist – durchzusetzen sei. Dass das Patentamt die Ergebnisse eines konven-

tionellen Pflanzenzüchtungsverfahrens für patentierbar hält, ist eine Auslegungssache. Auch hier werde Handlungsbedarf deutlich, so Miersch. Aber auch Hans-Georg von der Marwitz, CDU-Abgeordneter im Bundestag fordert eine Präzisierung des EU-Rechts entsprechend der bereits mit einem Zusatz versehenen nationalen Richtlinie. Bislang war der Tenor des Bundesjustizministers Heiko Maas (SPD), auf die Entscheidung der Beschwerdekammer zu warten. Nun sei klar, es müsse etwas passieren, sind sich von der Marwitz und Miersch einig. „Das große Dilemma ist eben, dass sich in dieser Thematik vieles nicht einmal europäisch, sondern nur multinational regeln lässt“, so Matthias Miersch. Immerhin wachse nun auch die Kritik in anderen europäischen Ländern. Der politische Druck müsse auf allen Ebenen erhöht werden und das Ganze über größere gesellschaftliche Bündnisse eine Dynamik entwickeln, die zu Änderungen führe. Das Beispiel ist TTIP, das Thema ähnlich kompliziert und unsexy und trotzdem inzwischen in der Lage Massen auf die Straße zu bringen. „Bei Bio-Patenten geht es um urpolitische Fragen“, so Miersch, „das Spannungsfeld zwischen gewerblichem Rechtsschutz für Wirtschaftsunternehmen und dem Recht der Allgemeinheit an elementaren Ressourcen.“ Hier zu ausgewogenen Antworten zu kommen, sollte jedem ein Anliegen sein. cs



## Gegen Bauerninteressen

Sechs Millionen Euro Forschungsmittel übergab der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Peter Bleser, an die Züchtungsallianz „proWeizen“ bzw. in Stellvertretung an die Nordsaat Saatzeit zur weiteren Entwicklung der Hybridzüchtung an Weizen. Der Sprecher für die Wirtschaft bei proWeizen, Wolf von Rhade von der Nordsaat, bezeichnete eine Intensivierung und Vernetzung der Weizenforschung angesichts der steigenden Weltbevölkerung als notwendig. Man sei dankbar, dass sich das Bundeslandwirtschaftsministerium dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe annehme und das Ziel einer noch engeren Verzahnung von wissenschaftlicher Exzellenz und züchterischer Expertise unterstütze. Dass es bei der im Focus stehenden (komplizierten) Hybridzüchtung von (Fremdbefruchter) Weizen vor allem darum geht, ein elegantes Mittel zu entwickeln, um den Nachbau von Weizen durch die Bauern und Bäuerinnen zu unterbinden, sagte er nicht. cs



Öffnung und Reform des Europäischen Patentamtes braucht politischen Druck Foto: Dirscherl/pixelio

# Für bundesweit einheitliche Gentechnik-Anbauverbote

Bundeslandwirtschaftsminister widersetzt sich seinen Länderkollegen und will Verbote auf Länder übertragen

**B**undeslandwirtschaftsminister Schmidt hat Anfang März öffentlich gemacht, dass er die Verantwortung, Gentechnik-Anbauverbote zu erlassen, den Bundesländern übertragen will. Diese sehen es anders: Ein länderbezogenes Verbot sei aus Sicht der Agrarministerkonferenz (AMK) nicht vertretbar, kommentierte die hessische Agrarministerin Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) deren Beschluss. Hinz weiter: „Dies führt zu einem Flickenteppich. [...] Der Pollenflug macht vor Ländergrenzen aber nicht Schluss. Dieses Risiko sind wir nicht bereit zu tragen.“ Sachsen-Anhalts Agrarminister Dr. Hermann Onko Aeikens (CDU) schreibt in einem Brief an Bundesminister Schmidt: „Ich bin [...] der Auffassung, dass die Notwendigkeit eines einheitlichen Vollzugs und widerspruchsfreier Begründung des Opt-out auf nationaler Ebene [...] es erforderlich machen, dass Opt-out zentral

von einer Bundesbehörde gesteuert und vollzogen wird.“ Auch Sachsens Agrarminister Thomas Schmidt (CDU) betont, dass „der Freistaat Sachsen [...] eine bundesweit einheitliche Umsetzung der Richtlinie sowie einen bundeseinheitlichen Vollzug der entsprechenden nationalen Regelungen befürwortet“. Birgit Keller (Die Linke) aus Thüringen ist der Auffassung, „dass nur eine nationale Umsetzung der Opt-out-Regelungen für Deutschland zielführend ist.“ Wolfgang Reimer (Bündnis 90/Die Grünen), Amtschef im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, fügt hinzu: „Es (gibt) Risikofaktoren von GVO-Pflanzen [...], die an Landesgrenzen nicht halt machen (z. B. Pollenflug). Dadurch entstünden Haftungsrisiken. [...] Außerdem würden die hohen Logistikkosten alle Bundesländer betreffen.“ Das Ministerium aus Nordrhein-Westfalen

(NRW) betont, dass „die Bundesregierung zuständig sein soll und in einem von ihr beschriebenen Opt-out-Verfahren die Länder beteiligt“ werden sollen. Der Ministerialdirigent der Bayerischen Staatskanzlei Horst Wonka erklärt, dass die „Umsetzung der europäischen Opt-out-Regelung auf Bundesebene vorrangig national einheitlich erfolgen (soll). [...] Ziel der Staatsregierung ist es, dass Bayern dauerhaft gentechnikfrei bleibt.“

## Verantwortung übernehmen

Laut Antwortbrief des BMEL (April 2015) sind „die auch nach EU-Recht verankerten Voraussetzungen für das Ergreifen von Opt-out-Maßnahmen [...] nach fachlicher und juristischer Prüfung am besten von den Ländern rechtssicher zu erfüllen. Die Länder können wesentlich sachnäher und bürgernäher hinsichtlich der konkreten Anbau- und Umweltbedin-

gungen vor Ort handeln und die notwendigen Fakten darlegen.“ Georg Janßen von der AbL kommentiert: „Ein derartiges Weiterreichen von Verantwortung, von der Bundes- über die Landes- auf die Regionalebene legt den Verdacht nahe, dass das Bundesministerium versucht, dem Gentechnikanbau in Deutschland schleichend zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn die Bundesregierung uns jetzt weismachen will, dass eine Rechtssicherheit nur durch regionale Verbote erreicht werden könne, dann hätte sie der EU-Regelung in Brüssel nicht zustimmen dürfen. Im EU-Text wird eindeutig auf die Verbotsmöglichkeit ganzer Territorien der Mitgliedstaaten hingewiesen.“

*Annemarie Volling,  
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*

## Verantwortung abschieben

EU-Kommission will Verbote von gentechnisch veränderten Futtermittelimporten auf Mitgliedsstaaten übertragen

**W**ährend die Mitgliedsstaaten der EU mit der Umsetzung der Opt-out-Regelungen für Gentechnik-Anbauverbote auf nationaler Ebene beschäftigt sind, hat die die EU-Kommission jetzt vorgeschlagen, auch bei Importen von gentechnisch veränderten (GV) Pflanzen für Lebens- und Futtermittel ein „Opt-out“ einzuführen. Da es im EU-Zulassungsverfahren bei Gentechnikpflanzen in der Regel nicht zu einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten für oder gegen die Zulassung einer GV-Pflanze kommt, liegt es am Ende in den Händen der Kommission. Damit ist sie unterschiedlich verfahren, von Verzögern bis Zulassen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat zu Beginn seiner Amtszeit versichert, den politischen Bedenken gentechnikkritischer Mitgliedstaaten stärker Rechnung zu tragen, das Zulassungsverfahren für GV-Pflanzen zu überarbeiten und zu demokratisieren. Den Mitgliedstaaten soll das Recht eingeräumt werden, auf nationaler Ebene Maßnahmen zur Beschränkung oder zum Verbot der Verwendung von bereits zugelassenen GVO in Lebens- und Futtermitteln zu erlassen. „Die Mitgliedstaaten müssen dabei nachweisen, dass ihre Maßnahmen mit dem EU-Recht vereinbar sind, dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen und dem Verbot der Ungleichbehandlung inländischer und nicht-inländischer Erzeugnisse nicht zuwiderlaufen“, so die Erklä-

rung der Kommission. Als wäre das nicht genug, besagt der Gesetzesvorschlag auch, dass „die Begründung der Mitgliedstaaten (...) nicht im Widerspruch zu der von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) durchgeführten Bewertung der Risiken für die Gesundheit von Mensch und Tier und für die Umwelt stehen“ darf.

## Bewertung

Die EU-Kommission versucht sich aus der Schusslinie zu nehmen und den Zulassungsprozess für GV-Pflanzen zu beschleunigen. Dies wird dadurch dokumentiert, dass sie zwei Tage nach Veröffentlichung ihres „Demokratisierungsvorschlags“ gleich 19 GV-Pflanzen zum Import zugelassen hat. Die Kommission verspricht den Mitgliedsstaaten mehr Verbotsmöglichkeiten, faktisch legt sie ihnen aber erhebliche rechtliche Stolpersteine in den Weg. Mute Schimpf von Friends of the Earth Europe (FOEE) bewertet den Vorschlag als „Nebelwand“. Er verspreche den nationalen Regierungen gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel zu verbieten, enthalte aber nicht die nötige Rechtsgrundlage. Georg Janßen von der AbL kritisiert: „Die EU-Kommission hält Zuckerbrot hin und wird mit deftiger Peitsche folgen. Was aber ausbleibt, ist die längst überfällige grundlegende Reform der industrienahen EU-Bewertungsbehörde und die Verschärfung

des Zulassungsverfahrens. Angesichts des Klimawandels und des Hungers und der Armut in der Welt brauchen wir eine Abkehr von klimaschädlichen und sozial verwerflichen Importfuttermitteln. Wir müssen hinkommen zu einer europäischen Eiweißversorgung mit einer deutlichen Steigerung des Leguminosenanbaus.“

## EU- und US-Agrarindustrie schäumt

Im Zuge der Überprüfung des EU-Zulassungsprozesses hat sich die US-Biotech-Pflanzen-Allianz, Repräsentant der US-Lebensmittel- und Agrarindustrie, an EU-Kommissare gewandt. Sie fordert sie auf, „eine Reihe von Grundprinzipien sicher zu stellen (...) u. a. dass die Rolle der EFSA in der Risikobewertung beibehalten wird und eine Verpflichtung, praktikable und effizientere wissenschaftsbasierte Bewertungsverfahren für GV-Pflanzen zu etablieren“. An diesen Ausführungen wird auch die Handschrift der geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP deutlich. Auch die EU-Botschafter der Vereinigten Staaten, Kanadas, Argentiniens und Brasiliens erklärten in einem Brief an Juncker und sein Kollegium ihre „ernsthaften Bedenken“ gegenüber den Plänen. Ebenfalls warnt der Grain Club (Ein Zusammenschluss von acht deutschen Agrarverbänden) eindringlich vor „dramatischen Konsequenzen für die gesamte Agrar- und Ernährungswirtschaft,

vor allem für die Branchen Ölsaaten und Futtermittel sowie für die gesamte europäische Logistik“. Sie führen an, dass nationale Verbote nicht mit dem internationalen Handelsrecht vereinbar seien und zu Wettbewerbsverzerrungen führen würden. Laut Deutschem Verband Tiernahrung (DVT) sei „eine wettbewerbsfähige Veredlungswirtschaft (...) ohne diese Importe von gentechnisch veränderten Agrarprodukten nicht möglich“. Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, monierte: „Das Vorhaben läuft den Grundsätzen des einheitlichen, freien Binnenmarktes zuwider (...) Würden Drittländer dem Beispiel der Europäischen Union folgen und die Einfuhr sicherheitsbewerteter Produkte aus beliebigen Gründen verbieten, hätte dies gravierende Folgen für alle exportorientierten Branchen und gefährliche Auswirkungen auf das internationale handelspolitische Umfeld. Die Europaabgeordnete Maria Heubuch von der Fraktion Die Grünen/EFA warf der Kommission vor, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Die vorgeschlagene Nationalisierung der Entscheidung biete keine Rechtssicherheit und sei nicht praktikabel. Heubuch forderte die EU-Kommission auf, hier definitiv mehr Engagement zu zeigen, Präsident Juncker müsse sein Versprechen der Demokratisierung einhalten.“

*Annemarie Volling,  
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*



# Ackerbau ist am Einträglichsten

Wichtige Ergebnisse zur wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft

Jetzt ist er da: der aktuelle Bericht „Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe. Wirtschaftsjahr 2013/2014“. Dem Bericht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft kommt eine besondere Bedeutung zu, da ihm Daten repräsentativ ausgewählter Betriebe zugrunde liegen. Im Folgenden soll die Einkommenssituation der Betriebe genauer beleuchtet werden. „Übers Ganze“ gesehen nahm das Einkommen (definiert als „Gewinn plus Personalaufwand“) der Haupterwerbsbetriebe um bescheidene 2,4 % zu. Hinter dieser Zahl verbergen sich kräftig gegenläufige Entwicklungen: Der Rückgang der Getreide-, Raps- und Zuckerrübenpreise ließ das Einkommen der Ackerbaubetriebe stark zurückgehen (-18,7 %). Dagegen bescherten die im ersten Halbjahr 2014 günstigen Milchzeugerpreise den Milchviehbetrieben ein Plus von 30 %! Im Gegensatz zu diesen beiden Betriebsformen veränderte sich das Einkommen der Veredelungs- und der Gemischtbetriebe nur geringfügig. Bei den Dauerkulturbetrieben nahm das Einkommen um -10 % sogar deutlich ab.

## Ackerbau liegt vorn

Trotz des starken Gewinnrückgangs verteidigten die Ackerbaubetriebe bei den Haupterwerbsbetrieben ihre schon langjährig gegebene Spitzenposition. Bei den Klein- und Nebenerwerbsbetrieben sank dagegen das Einkommen um 7 %.

Angaben über juristische Personen werden nur für die neuen Bundesländer gemacht. Die Betriebe mit dieser Rechtsform hatten im Vorjahr (2012/2013) ihr „Traumergebnis“ erzielt (+23,9 %). Im Wirtschaftsjahr 2013/2014 konnten sie dieses Ergebnis nicht nur halten, sondern sogar noch leicht steigern. Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der Preise für Ackerfrüchte und Milch verzeichneten die Futterbaubetriebe unter den juristischen Personen einen Anstieg um 11,3 %, die Ackerbaubetriebe einen Rückgang um 7,1 %.

Für ökologisch wirtschaftende Betriebe werden nur die Ergebnisse von Haupterwerbsbetrieben aufgeführt. Leider gibt es aber weder eine Differenzierung nach Bundesländern noch nach der Betriebsgröße. Insgesamt gesehen stieg ihr Einkommen um 8,3 % (gegenüber + 2,3 % bei den konventionellen Betrieben). Trotzdem lag das Einkommen bei den Ökobetrieben – ebenso wie im Vorjahr – im Schnitt 5.000 Euro je Arbeitskraft unter dem der konventionellen Betriebe. Erheblich verbessern konnten sich die Milchviehbetriebe aufgrund des deutlichen Anstiegs der Biomilchpreise. Extrem bleibt allerdings das Einkommensgefälle zu Gunsten der Öko-Ackerbaubetriebe. Deren Einkommen liegt um 23.000 Euro pro Jahr über dem der Futterbaubetriebe und um 26.000 Euro über dem von Gemischtbetrieben.

*Onno Poppinga,  
em. Professor für Landnutzung und  
regionale Agrarpolitik*



Getreidebau verspricht Gewinne

Foto: Niemann

## COPA-COGECA kontra Bauern

Bei einer Umfrage sprachen sich jüngst 91% der Landwirte und auch der ISN-Schweinehalterverband trotz niedrigster Erzeugerpreise gegen ein EU-Programm zur privaten Lagerhaltung von Schweinefleisch aus, weil die von Schlacht- und Kühlhauskonzernen gelagerten Mengen bei späterer Auslagerung die dann möglichen Preiserhöhungen konterkarieren würden. Vermutlich gerade deshalb plädierte COPA-COGECA als Lobbyorganisation der Großbauernverbände und Genossenschaften für dieses Lagerhaltungsprogramm. *en*

## Wir machen nicht mit, Minister Schmidt!

27 Verbände fordern von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU): Kein Freifahrtschein für neue Gentechnikverfahren! Anlass ist, dass Schmidt und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) einen Raps der Firma Cibus nicht als „gentechnisch verändert im Sinne des Gentechnikgesetzes“ einstufen. Für die Verbände ist der Cibus-Raps mit einem neuen Gentechnikverfahren hergestellt worden, deshalb protestieren sie mit einer Unterschriftensammlung (siehe auch Beilage der Unabhängigen Bauernstimme). Bei dem von der US-Firma Cibus entwickelten „Rapid Trait Development System“ (RTDS) wird das Erbgut von Pflanzen durch die Einführung kurzer, synthetischer DNA-Sequenzen (Oligonukleotide) verändert. Damit handelt es sich gemäß der EU-Gentechnikrichtlinie 2001/18 um ein gentechnisches Verfahren. Es ist nicht im Detail klar, wie die RTDS-Technik ihre Wirkung im Erbgut entfaltet. Deshalb fordern die Verbände Minister Schmidt auf, neuen Gentechnikverfahren keinen Freifahrtschein zu erteilen, den Bescheid des BVL zu widerrufen und die Freisetzung zu stoppen. *av*  
Mehr Infos unter [www.abl-ev.de/presse](http://www.abl-ev.de/presse). Weitere Unterschriftenlisten können beim bestellt werden bei: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de)

## Hofabgabeklauselabschaffung umschifft

Bei einem Fachgespräch in der letzten Märzwoche haben sich die Koalitionsfraktionen auf einen Kompromissvorschlag für Veränderungen der Hofabgabeklausel geeinigt und wollen bis zum Sommer einen Gesetzesentwurf vorlegen. Noch am 10. März hatte SPD-Agrarsprecher Wilhelm Priesmeier bei der Jahresversammlung des Arbeitskreises zur Abschaffung der Hofabgabeklausel beteuert, für eine komplette Abschaffung oder als ersten Schritt für ein Abschlagsmodell zu kämpfen. Die Klausel wird z. T. heftig kritisiert, weil strukturpolitische Ziele stärkeres Gewicht haben als die sozialpolitische Absicherungsfunktion. Denn Rente aus der landwirtschaftlichen Alterskasse wird erst nach Hofabgabe gezahlt, auch wenn kein Nachfolger vorhanden und der Wunsch bzw. die finanzielle Notwendigkeit zur Weiterbewirtschaftung gegeben ist. CDU/CSU und SPD haben sich nun auf das Modell einer Flexi-Rente verständigt, bei der Rentenansprüche ab der Regelaltersgrenze erhalten bleiben und durch monatliche Zuschläge bei einem späteren Rentenbeginn mit Hofabgabe zu erhöhten Auszahlungen führen. Außerdem soll der zulässige Rückbehalt an Fläche erhöht und die Möglichkeit, sich statt kompletter Hofabgabe in ein Gemeinschaftsunternehmen einzubringen, erleichtert werden. Wenn der Betrieb unter Ehepaaren abgegeben wird, soll der Rentenbescheid des abgebenden Partners nicht mehr ausgesetzt werden, wenn der übernehmende Partner das Rentenalter erreicht. *cw*

## Vollständiges Käfigverbot

Die grünen Agrarminister von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen wollen im Bundesrat durchsetzen, dass nach den „klassischen Käfigen“ für Legehennen nun auch bald die so genannten „ausgestalteten Käfige“ nicht erst ab 2023 sondern schon bald verboten werden: Bewegungen wie Auffliegen, ungestörte Eierablage, Ruhen oder Staubbaden seien darin nicht möglich. Höfken und Meyer bekräftigten ihre Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht auch für verarbeitete Ei-Produkte. *en*

# US-Biobauern debattieren Gentechnik-Dilemma

Konferenz thematisiert die Herausforderungen des Ökolandbaus

Die Organicology, eine durch einen US-amerikanischen Ökoanbauverband organisierte Konferenz Anfang Februar im gemüsebaugeprägten US-Bundesstaat Oregon, brachte Biobauern aus allen Teilen der USA zusammen. Es ging um GMOs und die Macht von Konzernen wie Syngenta und Monsanto z. B. im Streit um eine GM-Kennzeichnungspflicht, den Klimawandel und die Herausforderungen, die dieser vor allem an Züchter und Saatgutproduzenten stellt. Matthew Dillon, Gründer einer Biosaatgutinitiative und rebellischer Vordenker der Szene plädierte für einen Richtungswechsel in der Biolandwirtschaft: Statt Millionen im Kampf für eine GM-Kennzeichnungspflicht auszugeben – Volksabstimmungen in verschiedenen Bundesstaaten über entsprechende Gesetzesentwürfe haben sowohl die GM-Industrie als auch die Biolandwirtschaft Summen in mindestens zweistelliger Millionenhöhe gekostet – solle man das Geld für Forschung im Biolandbau ausgeben. Am wichtigsten seien die Ana-

lyse verschiedener Fruchtfolgen (z. B. in Bezug auf Krankheitsresistenz) und die Saatgutentwicklung im Hinblick auf den Klimawandel.

## Hund von der Leine

Besonders für die Anbauer von Biogemüse und Saatgut ist die Auseinandersetzung mit der GMO Lobby jedoch existentiell. Und das trifft in besonderer Weise für Oregon zu, weil hier zwei Landkreise über einen Volksentscheid ein GM-Anbauverbot erwirkt haben, das jetzt vor Gericht von den Agrarchemiefirmen angefochten wird. Frank Morton, ein US-weit bekannter Biogemüsezüchter machte einmal mehr deutlich, dass die von den Regierungsbehörden propagierte Koexistenz zwischen Biobauern und GM-Farmern unmöglich sei. Das Dilemma für die Biobauern sei zudem, dass es zwar unter gewissen Umständen möglich sei, eine Entschädigung für GM-Verunreinigungen zu bekommen, dass das aber gleichzeitig zu einem Vertrauensverlust der Biokunden führe, der oft finanziell

noch schlimmer sei. Beim Zuckermais, der häufig von Auskreuzung betroffen sei, gibt es laut Morton eine weitere, außerordentlich bedenkliche Entwicklung. Durch konventionelle Züchtung konnte ein Zuckermais entwickelt werden, der die Befruchtung durch GM-Futtermais und Maissorten für die Ethanolproduktion verhindert. Das Patent wurde von Syngenta gekauft. Die Agrarchemielobby weise inzwischen Biobauern darauf hin, dass sie sich ja mit dem Anbau dieser Sorte vor GM-Verunreinigungen schützen könnten. Das, so Frank Morton, stelle die Debatte völlig auf den Kopf – statt einen gefährlichen Hund an die Leine zu nehmen, werde den Nachbarn geraten, ihre Türen verschlossen zu halten.

## Sprache ändern

Einer der Anwälte, die seit Jahren die Biobauern vor Gericht vertreten, ist George Kimbrell, Anwalt bei der Nichtregierungsorganisation Center for Food Safety. Die USA hätten Gesetze aus den 60er Jahren, mit denen jetzt

Fragestellungen des 21. Jahrhunderts gelöst werden müssten. Und der Gebrauch von Sprache und dessen gesetzliche Verankerung spielten dabei eine große Rolle. So dürfe erst seit einer entsprechenden Urteilsbegründung 2010 von einer „Verunreinigung“ mit GM gesprochen werden, zuvor hätten die Agrarchemiefirmen stets mit der „vorteilhaften Präsenz von GM Pflanzen“ im Acker von Biobauern argumentiert.

Marianne Landzettel,  
freie Autorin



Amerikanischer Biobauer

Foto: Peck

# Bioland-Geflügeltagung debattiert Zukunftsperspektive

Bäuerliche Landwirtschaft oder Wachsen um jeden Preis?

Vor dem Hintergrund, dass bereits ein Großteil der Öko-Geflügelproduktion (bei EU-Bio oder Biopark oder Naturland) in Agrarindustriestrukturen erfolgt und dass dadurch bäuerliche Bio-Geflügelhalter (bei Bioland, Demeter und auch in den genannten Verbänden) verdrängt werden, war die jüngste Bioland-Geflügeltagung in Hamminkeln von besonderer Bedeutung. Laut NRW-Bioland-Geschäftsführer Heinz-Josef Thuncke sind dringend schlüssige Antworten auf bestimmte Entwicklungstendenzen wie die Konventionalisierung der Öko-Geflügelhaltung und auf Missstände in großen Öko-Geflügelställen nötig. Bioland habe sich aber bewusst gegen Bestandsobergrenzen entschieden und setze darauf, mit Vorgaben wie Flächenbindung oder regionale Futterherkunft die Familieneinkommen bäuerlicher Betriebe zu sichern. Auch Dieter Greve (Bioland-Bundesfachausschuss Geflügel) sprach sich gegen Bestandsobergrenzen aus und für ein verhaltenes Wachstum „in Eigenverantwortung der Landwirte“, festgemacht „an Tierwohl und ver-

nünftig Machbarem“. Biobauer Norwich Rüsse (MdL Grüne) forderte die Staffelung von Beihilfen und Förderungen zugunsten kleinerer Betriebe, betonte die Relation zwischen Arbeitskräften und Tieren und sah die gesellschaftliche Akzeptanz durch Stallgrößen gefährdet, die für Anwohner unzumutbar seien.

## Bäuerliche Landwirtschaft

Referent Onno Poppinga sieht in der bäuerlichen Landwirtschaft eine Zukunftswirtschaft – wenn diese denn ihre Grundlagen und ihr Wissen selbstbewusst verteidigt. Die Einheit von Arbeit, Boden und Kapital erlaubt selbständige Entscheidungen mit persönlicher Haftung, einem dauerhaften Eigeninteresse und Risikobegrenzung. Die örtliche Bindung an den Boden stärkt das Einbringen in das soziale Umfeld. Das persönliche Interesse und die eigene Arbeiterledigung führen zu unmittelbaren Beziehungen zu Boden und Tieren. Allerdings kann diese Dauerhaftigkeit auf der Strecke bleiben – durch wirtschaftlichen und ideolo-

gischen Druck. Poppinga forderte dazu auf, die systematische Benachteiligung der bäuerlichen Landwirtschaft endlich zu beenden, die der Industrialisierung z. B. durch Verlustabschreibungen, Förderung, Genehmigungen, Betriebsteilungen oder Schönreden massive Vorteile brachte. Die kleinen und mittleren Betriebe würden immer noch agrarpolitisch vorgezeigt, um in Wahrheit viel größere Vorteile für Handel, Genossenschaften, Banken oder Agrarindustrie durchzusetzen – bei Altersgeld, Berufsgenossenschaften oder den flächenausgerichteten Direktzahlungen. Rechnet man diese Hektarprämien auf die Voll-AK um, dann ergeben sich auf Basis der Agrarstrukturerhebung 2010 bei Ökobetrieben Prämiensummen, die mit fast 50.000 Euro auf einem mehr als 1.000 Hektar großen Betrieb ein Vielfaches so hoch sind wie auf einem 20-Hektar-Betrieb, der 6.000 Euro pro Arbeitskraft erhält.

## Wachstum als Problemlöser

Der zweite Referent der Tagung, Rainer Oppermann (Thünen-Institut

für ökologischen Landbau, Trenthorst), verneinte in seinem Vortrag die Frage, ob es „natürliche Grenzen des betrieblichen Wachstums“ gebe. Er setze nicht in jeder Situation und für jeden Betrieb auf Wachstum, mache aber „keinen Hehl daraus, dass wir bei Legehennen-Betrieben im Haupterwerb in Richtung auf Betriebe mit 30.000 oder 40.000 Hennen zumarschieren müssen“. Auch Biobetriebe müssten sich noch mehr als die Konventionellen der Rationalisierungstechnik und der „Verwissenschaftlichung“ öffnen. Die früher im Schnitt befriedigende Situation der Ökobetriebe, die über der von konventionellen Vergleichsbetrieben lag, habe sich verschlechtert und liege unter dem konventionellen Vergleich. Wenn „Bio“ eine breite Kundschaft erreichen wolle, dürften die Biopreise allenfalls 30% höher sein als konventionelle. Größere Einheiten und ein Wachstums-konzept könnten auch zur Lösung der hohen Arbeitsbelastungsprobleme beitragen.

Eckehard Niemann,  
AbL-Niedersachsen

## Widerstand vor siebzig Jahren

Nazi-Gegner in den ländlichen Regionen Westfalens

In einer mehrteiligen Artikelreihe hat das Landwirtschaftliche Wochenblatt Westfalen-Lippe über Verfolgung durch und Widerstand gegen die Nazis in den ländlichen Gebieten Westfalens berichtet. Verschiedene persönliche Geschichten, die zum Teil auch den langen Arm der Geschichte über das Ende der Naziherrschaft hinaus zeigen und die Tatsache, dass Widerstand häufig christlich-katholisch motiviert war, dokumentierte die Serie über viele Wochen.

### Solidarität mit Juden

Der bekannteste Fall ist wohl der der jüdischen Eheleute Marga und Siegmund Spiegel, die mit ihrer kleinen Tochter Karin von Münsterländer Bauern mehr als ein Jahr lang bis zum Kriegsende versteckt wurden und deren Schicksal erst 1961 durch Marga Spiegel in der Kirchenzeitung „Kirche und Leben“ veröffentlicht und später als Buch und Kinofilm („Unter Bauern – Retter in der Nacht“) bekannt wurde. Als Pferdehändler hatte Siegmund Spiegel gute Kontakte unter anderem zu dem streng katholischen Bauern Heinrich Aschoff aus Herbern im Münsterland. Als Spiegel 1943, längst nicht mehr selbstständiger Händler, sondern Abbruchzwangsarbeiter in Dortmund, aufgrund einer angekündigten Kontrolle seiner Papiere die Deportation ins KZ für sich, seine Frau und die fünfjährige Tochter Karin fürchten musste, bat er Aschoff und mindestens vier weitere Bauern um Hilfe. Neben Aschoff versteckten auch Hubert Pentrop, Bernhard Südfeld, Heinrich Silkenböhrer und Bernhard Sickmann umschichtig – und die Erwachsenen meist getrennt – die drei Spiegels bis zur Befreiung durch die alliierten Truppen und wurden dafür später als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet.

Weniger spektakulär, aber nicht minder gefährlich, agierten verschwiegene Leute aus dem sauerländischen Dorf Langenholthausen, indem sie versteckte Juden mit Lebensmitteln versorgten. Im Kleinen gab es vielfältigen Widerstand, so organisierte der katholische Bäcker Josef Quinke aus dem sauerländischen Finnetrop mit dem Malermeister Willi Feldmann und den Bauern Franz Sörries und Franz Schulz das Verschicken von „Soldatenpäckchen“, in denen Predigten des Bischofs von Galen gegen den Mord an Behinderten und andere Naziverbrechen versteckt waren. Quinke verriet trotz Haft, Folter und KZ keine Namen der Mithelfer, er starb 1942 im KZ.

Der Bauernsohn Franz Geuecke warnte als Zentrumspolitiker und Schriftleiter der „Rheinischen Volkszeitung“ vor dem Geist

des Völkerhasses. Er wurde 1933 von den Nazis zusammengeschlagen, verhaftet und zur Schwerstarbeit im KZ Buchenwald gezwungen – er starb 1942 im KZ Groß-Rosen. Der Bauernsohn und Handelshelfer Carl Lindemann aus Herrntrop im Sauerland wurde wegen eines Witzes über Goebbels denunziert, an einen LKW gekettet durch die Dorfstraße geführt und vom „Volksgeschichtshof“ 1944 zum Tode verurteilt. Den Dünscheder Bauern Josef Hufnagel traf 1944 das gleiche Schicksal, nachdem er wegen angeblichen Hörens von „Feindsendern“ und „Untergrabens der Zuversicht in den Endsieg“ von Nazis bei der Ortsgruppenleitung gemeldet worden war. Fünf Lehrer der Landwirtschaftsschule Lüdinghausen zwischen Coesfeld und Münster (Anton Bornefeld, Dr. Wilhelm Brockmann, Johannes Goebels, Dr. Bernhard Hürfeld und Schulleiter Dr. Josef Kleinsorge) kamen 1943 ins KZ, nur drei von ihnen kehrten lebend zurück – sie hatten sich gegen die Gleichschaltung und Schließung ihrer Schule engagiert und waren gegen einen regimekritischen „Anti-Bonzen-Club“ von Schülern nicht scharf genug vorgegangen.

### Nachkriegs-Verschweigen

Der katholische Redakteur Georg Heidingsfelder verlor als Nazi-Gegner 1933 seine Stelle und arbeitete daraufhin bei der ländlichen Centralkasse in Meschede im Sauerland. In der Kirchengemeinde organisierte er nazikritische Bildungskreise. Im Krieg beobachtete er das Unrecht der Wehrmachtjustiz, so dass er sich in amerikanischer Gefangenschaft als „Selected Citizen of Germany“ zum Einsatz für einen „zivilen, friedlichen, demokratischen Geist“ verpflichtete. Nachdem sich auch die Katholische Arbeiterbewegung hinter die Wiederaufrüstungspläne der Adenauer-Regierung stellte, verlor er seine Stelle. Heidingsfelder engagierte sich in Meschede für die Errichtung eines „Sühnekreuzes“ in der Nähe des Massengrabs von 208 erschossenen Zwangsarbeitern. Es habe eine breite Stimmungsmache dagegen und wenig kirchliche Unterstützung gegeben, schreibt das Wochenblatt, so dass das Kreuz verschandelt und dann wegen drohender weiterer Schändungen versteckt wurde. Erst nach jahrelangen Auseinandersetzungen konnte es Anfang der 80er Jahre (!) in einer Kirche aufgestellt werden. Heidingsfelder war schon 1967 völlig verarmt als Untermieter auf einem Bauernhof gestorben.

Eckehard Niemann

## Vollerwerb durch Solawi

Braunfels-Neukirchen. In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts gab es noch einige wenige Bauern, die im Dorf ihren Lebensunterhalt fast ausschließlich mit ihrer Landwirtschaft verdienten. Seit dieser Zeit kam die Arbeit auf allen Höfen langsam, aber stetig zum Erliegen. Zuerst verschwanden die Milchkühe aus dem Ort, dann Schweine und Gänse, zum Schluss auch noch die Schafe und Hühner und mit ihnen die letzten Bauern. Reitpferde bevölkern heute noch einige Wiesen, auf den Feldwegen sieht man fast nur noch Hunde mit ihren Besitzern ...



ein Bauer aus Hessen erzählt

Seit dem 1. Januar 2015 gibt es wieder einen Vollerwerbsbetrieb in Braunfels-Neukirchen, den Bioland-Sonnenhof mit Betriebsleiter Matthias Zinke an der Spitze. Ermöglicht wird diese Betriebsweise durch eine in Deutschland noch

recht neue Form der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Betriebe, die sich der Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) verschreiben, werden durch einen Kreis von Verbrauchern (Mitgliedern) für zwölf Monate komplett vorfinanziert. Das heißt, alle Kosten, die durch die landwirtschaftliche Tätigkeit entstehen, inklusive einem fairen Lohn für den Landwirt, werden für das jeweils kommende Jahr errechnet und den Mitgliedern offen gelegt. In einer anonymen Bierrunde verpflichtet sich jeder Teilnehmer, einen Teil dieser Kosten monatlich beizusteuern, bis die errechnete Summe gedeckt ist. Alle landwirtschaftlichen Produkte, die der Betrieb dann produziert, sind damit bezahlt und werden wöchentlich an die Mitglieder verteilt. Weitere Vorteile für die Verbraucher sind die absolute Transparenz und die regionale Herkunft der Produkte, der biologische Anbau sowie die Möglichkeit, jederzeit an der realen Landwirtschaft Anteil zu nehmen. Weiterhin spielt auch der soziale Aspekt eine große Rolle, es werden gemeinsame Feldaktionen und Feste auf dem Bauernhof veranstaltet. Es gibt einen monatlichen Besuchstag, an dem jeder nach Lust und Laune mit anpacken kann.

Der Bioland-Sonnenhof war deutschlandweit der 43. Betrieb, der diese Form der Landwirtschaft anbot, 2014 in einem Probejahr mit nur fünf Ernteanteilen, 2015 im ersten „richtigen“ SoLaWi-Jahr mit 65 Anteilen.

Nebenbei entstanden durch diese Wirtschaftsweise drei neue Arbeitsplätze und vor Ort ein richtungweisendes Beispiel für die dringend notwendige Agrarwende.

[www.solawi-sonnenhof.de](http://www.solawi-sonnenhof.de)

## Die Ernährungswende beginnt in der Stadt

Philipp Stierand vertritt in seinem Buch anschaulich und kenntnisreich die These, dass in der Stadt über die Zukunft der Landwirtschaft entschieden wird. Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sind für ihn keine „länd-

lichen“ Themen, sondern zutiefst urbane. Die Agrarwende muss von der Stadt ausgehen, dort wird über die Zukunft der Ernährung entschieden werden. Diese Fragestellung ist ihm, das ist auf jeder Seite seines flüssig zu lesenden Textes zu merken, ein echtes persönliches Anliegen.

Stierand stellt dem Wahnsinn der industrialisierten Lebensmittelproduktion eine kommunale Ernährungspolitik entgegen, die die Erzeugung, die Verarbeitung, den Handel und Konsum ebenso in den Blick nimmt wie die Entsorgung. Es gelte auf vielen Ebenen und, angestoßen von vielen Akteur/innen, die so genannten „New Urban Food Needs“ anzustreben, die grob gesagt auf Vertrauen, Gesundheit, Nachhaltigkeit und Fairness basieren – und viele Projekte tun dies auch schon.

Er stellt drei Strategien vor: urbane und stadtnahe Landwirtschaft, Regionalisierung der Lebensmittelproduktion und drittens die Stärkung der Ernährungskompetenz. Dabei hängt er nicht der Illusion an,

individueller Konsum könne grundlegend etwas ändern. Vieles sei nur auf politischer Ebene zu regeln und einzuhegen.

Oft verbraucht der Weg zum Einkauf in den Supermarkt mehr Energie als der Transport eines Produktes. Daraus resultiert für ihn, dass dem Handel eine gestiegene Bedeutung für Transformationsprozesse zukommt.

Stierand zeigt viele konkrete Beispiele kommunaler Ernährungspolitik aus Deutschland, Großbritannien, Brasilien und Kanada.

Sein Buch bringt viele nützliche Zahlen und dokumentiert betriebswirtschaftliches Wissen. Es ist an keiner Stelle langatmig. Ein gelungener, kluger Mix aus (internationaler) Forschung und den vielen Erfahrungen einer Praxis vor Ort.

Bernd Hüttner

*Philipp Stierand: Speiseräume. Die Ernährungswende beginnt in der Stadt. Oekom Verlag, München 2014, 224 Seiten, 19,95 Euro.*



### Zur Ernährung der Welt

Derzeit läuft bundesweit der neue Film von Valentin Thurn „10 Milliarden – Wie werden wir alle satt?“ an. Das parallele Buch „Harte Kost: Wie unser Essen produziert wird“, das Thurn mit Stefan Kreuzberger geschrieben hat, gibt es bereits im Buchhandel.

Berichtet wird durch anschauliche Reportagen über Saatgut-Monopoly, knapper werdende Düngemittel, Soja aus dem Süden und hiesige Produktion von „Fleisch für die Welt“, Geschäfte mit dem Hunger – und vor allem über die Pioniere einer neuen Landwirtschaft weltweit. en

*Valentin Thurn und Stefan Kreuzberger: Harte Kost. Ludwig-Verlag, München 2014, 320 Seiten, 16,99 Euro.*

## Wegwerfkühe, Wegwerfkälber, Wegwerfbauern?

Misstände, Widersprüche und Ideologien „moderner Landwirtschaft“ und eine wahrhaftige „große Erzählung von guter Landwirtschaft“ als Alternative dazu

In diesem Buch von Tanja Busse verbindet sich die herzliche Verbundenheit der westfälischen Bauerntochter Tanja Busse mit Landwirtschaft und Bauernhöfen mit dem besorgten Blick der kritischen Journalistin auf eine für Bauern, Tiere, Umwelt und Verbraucher immer fatalere Entwicklung des Agrarbereichs.

Bei ihrer Recherche geht Busse vielen Misständen hartnäckig und sachlich-detailliert auf den Grund, befragt und zitiert dazu Lobbyisten, Bauern und Insider. Den nur scheinbar „alternativlosen“ Zwang zum „Wachsen oder Weichen und immer so weiter“ entlarvt sie als fälschlicherweise verinnerlichte Scheinfreiheit und Zwang zur Selbstoptimierung, Selbstaussbeutung und Unterwerfung.

Technische Lösungen und bloße Fakten reichen nicht, um die bisherige Sackgasse und Akzeptanzkrise abzulösen. Dazu brauche es prägende Geschichten und Bilder oder große Erzählungen – als kollektive Vorstellungen, die eine große Wirkung erzielen können, stellt Busse fest und be-

schreibt deshalb die uralte Faszination des Bauernhofs und viele tief verankerte positive Werte: die jahrhundertealte bäuerliche Tradition des Lebens in einer kleinen Gemeinschaft, das Leben gemeinsam mit Tieren, das Arbeiten im Rhythmus der Jahreszeiten, mit der Natur. „Wenn man gute Produkte teuer verkaufen will, braucht man dazu eine gute Geschichte“ – die man nicht als Werbefilm inszenieren sollte, sondern glaubhaft als wahrhafte Geschichte. Und das geht eben nicht, wenn die Kluft zwischen Konsumenten und Landwirten bestehen bleibt, wenn Besucher in Schutzkleidung durch ein Desinfektionsbecken in einen Hochsicherheitstrakt zu den Hühnern laufen müssen, „wenn Landwirte erst erklären müssen, warum es im Stall so aussieht, warum die Sau unter einem Metallgitter gefangen ist und warum Schweine nicht an die frische Luft dürfen“.

Vor diesem Hintergrund plädiert das Buch für eine „gute Landwirtschaft mit gesellschaftlichem Nutzen als politische Aufgabe“ und mit wirtschaftlichen Optionen für die Landwirtschaft, mit bauernorientierter Forschung, mit Preisen inklusive der externen Kosten, mit klarer Lebensmittelkennzeichnung, mit einer fairen Preisermittlung (vom Bedarf des Erzeugers



her), solidarischer Landwirtschaft und einem Bauernhof für jede Schule.

Eckehard Niemann

*Tanja Busse, Die Wegwerfkuh – Wie unsere Landwirtschaft Tiere verheizt, Bauern ruiniert, Ressourcen verschwendet und was wir dagegen tun können. Karl Blessing Verlag, München 2015, 288 Seiten, 16,99 Euro*

# Gentechnik im Unterricht

**G**entechnik ist eine Risikotechnologie. Ihre Anwendung in der Landwirtschaft wird in unserer Gesellschaft seit Jahren kontrovers diskutiert. Zu Recht steht daher die Auseinandersetzung mit der Agro-Gentechnik auf den Lehrplänen unserer Schulen.

An entsprechend aufbereiteten Informationsmaterialien mangelt es nicht. Sie stammen meist von der Industrie, deren Interessenverbänden oder von industrienahen Wissenschaftlern. Dieser oftmals einseitigen Darstellung der „Chancen“ der Agro-Gentechnik (und der angeblich vernachlässigbaren Risiken) wollen wir mit unserem Internetportal entgegenreten.

Das Internetportal [schule-und-gentechnik.de](http://www.schule-und-gentechnik.de) richtet sich an Lehrerinnen und Lehrer sowie an Schülerinnen und Schüler aller Schularten der Sekundar-

stufen. In jeweils getrennten Bereichen haben wir versucht, das komplexe und vielschichtige Thema aufzubereiten: argumentativ, anschaulich und anwendungsorientiert. Das Internetportal [schule-und-gentechnik.de](http://www.schule-und-gentechnik.de) ist ein Projekt der Zukunftsstiftung Landwirtschaft und ihres Informationsdienstes Gentechnik. Dieser ist seinerseits ein Gemeinschaftswerk von Verbänden und Organisationen der Landwirtschaft, des Umweltschutzes und der Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich aktiv für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Ernährung und für den Schutz der Natur engagieren.

### Neue Materialien:

Unterschiedliche Rollenspiele zum Einsatz im Unterricht, die wir gemeinsam mit Lehrerinnen entwickelt haben:

<http://www.schule-und-gentechnik.de/lehrer/unterrichts-vorschlaege.html>. Hier finden Sie neben Hintergrundmaterial auch Projektideen, Fallbeispiele, Frage- und Antwortblätter und interaktive Unterrichtseinheiten. Ganz neu sind

Fallbeispiele zu den Schwierigkeiten der unabhängigen Gentechnik-Risikoforschung (Stichwort Séralini) und zu den Problemen von Imkern, deren Honig gentechnisch verunreinigt wurde.

Wir bemühen uns, die Seiten des Internetportals [schule-und-gentechnik.de](http://www.schule-und-gentechnik.de) aktuell zu halten und weiterzuentwickeln. Für Anregungen und Kritik sind wir daher dankbar. *mm*

[schule-und-gentechnik.de](http://schule-und-gentechnik.de)

## Kostenloses Unterrichtsmaterial zur Gentechnik in der Landwirtschaft

- ✓ Arbeitsblätter
- ✓ Rollenspiele
- ✓ Quiz
- ✓ Pro & Contra
- ✓ Filme



Von Biologielehrkräften mitentwickelt

## Leserbrief zum Artikel: Landwirtschaft statt Industrie; Mitgliederbefragung der AbL-Bayern 3/2015

Im Artikel wird bemängelt, dass der Rücklauf von knapp 20 % „eher gering ausfiel“. Nach unserer Einschätzung ist das eine gute Rücklaufquote für eine schriftliche Befragung an viel beschäftigte Bauern. Was als „repräsentativ“ eingeschätzt wird, darüber sind sich auch die Statistiker nicht einig.

Die Aussage mit der weitaus größten Zustimmungquote („stimme voll zu“) von 82 % war: „Eine pauschale Flächenförderung, die 30 ha Maisanbau

genauso hoch fördert wie 30 ha Grünland mit Milchvieh, ist nicht geeignet, eine bäuerliche Bewirtschaftung leistungsgerecht zu fördern.“ Dies wurde verkürzt auf: „Als ungerecht bewerten 82 % der Befragten eine Flächenförderung, die Mais und Grünland gleichstellt“. Das gibt nach unserer Auffassung leider nicht den Kern der Aussage wieder: Es klingt nämlich so, als wollten wir wieder zurück zu verschiedenen Fördersätzen pro Hektar, je nachdem, was angebaut wurde. Die

Frage stellt aber generell eine Flächenförderung in Frage, die nicht berücksichtigt, wie die Fläche bewirtschaftet wird. Der Maisanbau ist mit minimalem Aufwand im Nebenerwerb zu betreiben und bringt praktisch keine positiven Nebenleistungen. Dem gegenüber stehen 30 ha Grünland mit Milchvieh, ein Musterbeispiel für bäuerliche Landwirtschaft, für Wertschöpfung auf dem Land, in ökologischer Hinsicht dem Maisanbau weit überlegen. Wenn bäuerliche Bewirtschaftung leistungs-

recht gefördert werden soll, was ja Gegenstand der Frage ist, kann nicht beides gleich gefördert werden. Weiterhin gibt die Aussage auch Antwort auf den Sinn der erhöhten Fördersätze für die ersten Hektare. Auch hier in der Realität Fehlanzeige, denn auch der Aufschlag auf die ersten Hektare ist unabhängig davon, wie auf der Fläche gearbeitet wird.

*Andrea Eiter,  
Geschäftsführung AbL Bayern*

### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe**  2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit - 22,00 €  2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft- 10,00 € weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

#### Matthias Stührwaldt

#### Das wahre Landleben!

#### Bücher:

- .... 11,00 € - Bauernparty
- .... 11,00 € - Nützt ja nix
- .... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- .... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- .... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- .... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

#### CD:

- .... 10,00 € - König Silo
- .... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- .... 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- .... 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

#### Bodenpolitik in Ostdeutschland

- .... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- .... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

#### Aktuelle Broschüre

- .... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

#### Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
- ....je zzgl 5,50 € € Versand

#### Junge Landwirtschaft:

- .... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- .... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder

ABL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreislise 2015:

[www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen](http://www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen).

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de),

Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Juni ist der 19 Mai 2015.**

### Hof und Arbeit

• **Interessante Ackerbau-Betriebskooperation** in Nordfriesland sucht einen mitarbeitenden Verwalter (m/w) für ihren 400 ha Ökobetrieb. Weitere Infos unter: LBB-Agrar.de

• **Familie**, (Er Agraringenieur - Sie Bauernhofpädagogin) mit 3 Kindern; langjährige Leitungserfahrung und Freude am praktischen Ökolandbau, suchen neue Herausforderung mit langf. Perspektive (Betr. Leitung, Pacht, Betriebsübernahme, Kauf o.ä.). Kontakt: [Swalder@web.de](mailto:Swalder@web.de)

• **Junges Ehepaar** sucht Gärtnerei oder Hof mit 1-2 ha Fläche für Gemüse und Blumenanbau, idealerweise mit erschließbaren Vermarktungswegen. Wir wollen versuchen in kleinen Schritten eine Existenz in Rheinland-Pfalz, Hessen oder Bayern aufzubauen. Kontakt: [maria-und-arne@gmx.de](mailto:maria-und-arne@gmx.de), oder ☎ 0172-6969540

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

### Tiermarkt

### Preiswert europaweite Transporte!

[www.spedition-klaus-rundt.de](http://www.spedition-klaus-rundt.de)

[www.rundt-holz-pellets-briketts.de](http://www.rundt-holz-pellets-briketts.de)

[Spedition@Klausrundt.de](mailto:Spedition@Klausrundt.de)

☎ 04188/89 30-0

## Ihr erfahrener Partner für Windprojekte !

Profitieren Sie von unserer Erfahrung aus 1.700 realisierten Windenergieanlagen. wpd ist Ihr Partner – von der Planung bis zum Betrieb.

**wpd onshore GmbH & Co. KG**

Bremen, Bietigheim-Bissingen,

Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl

T. 07142 / 77 81-0

[akquise@wpd.de](mailto:akquise@wpd.de) [www.wpd.de](http://www.wpd.de)



**LEGUMINOSEN  
AUSGESÄT,  
UND DANN...**



**Stellen Sie Ihre erwartete oder reale Erntemenge unverbindlich in die Warenbörse ein!**

Wir unterstützen Sie bei der Vermarktung!

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:

[www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de](http://www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de)

☎ 05507  
9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln  
des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium  
für Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz

### Eiweißfutter aus Niedersachsen – Feldtage 2015

03. 06. 10.30-15.00 Uhr, Siebenhäuser Str. 40, 49453 Rehden  
Milchviehalter: Wolfgang Johannung und Guido Sanderling (bio)  
Kulturen: Klee- und Luzernegras, weiße und blaue Lupine,  
Wintererbsengemenge, Fachvortrag von Herfried Rohde, LWK:  
Leguminosenanbau und Verwendung im Futterbaubetrieb

11.06. 10.00–14.30 Uhr, Bakenhuser Esch 8, 26197 Großenkneten  
Schweinemast: Heiner Schürmann und Gustav Wolters  
(Biohof Bakenhus)

Kulturen: Futtererbsen, Ackerbohnen, blaue Lupinen, Wick-  
Roggen, Fachvortrag: Körnerleguminosen in der Monogastriden-  
fütterung

Alle Feldtage inkl. Fachvortrag und Mittagessen,  
Vorführung der eingesetzten Technik



## Veranstaltungen

### Auf nach München! Alternativgipfel und Demo!

03.-04.06.2015, **Alternativgipfel**

Internationaler Kongress anlässlich des G7-Gipfels im  
oberbayerischen Schloss Elmau

Mit dem Gipfel der Alternativen soll die Kritik an der Politik der G7 in die Öffentlichkeit getragen werden. Die vielfältigen globalen Krisen sind u.a. eine Folge der herrschenden Politik. Als Alternativen sollen ökonomische, ökologische, menschenrechtliche und friedenspolitische Ansätze vorgestellt und diskutiert werden.

Gemeinsamer Abschluß am 04.06., 17.00 Uhr Demokundgebung.

Die Teilnahme am Alternativgipfel kostet 10 €, ermäßigt 5 €.  
(ohne Verpflegung und Übernachtung)

Anmeldung, Informationen, Programm und Übernachtungsmöglichkeiten:  
[www.alternativgipfel.org](http://www.alternativgipfel.org)

04.06.2015 (Fronleichnam) **G 7- Demo**

14:00 Uhr Auftaktkundgebung am Stachus (Karlsplatz), München

15:30 Uhr Demozug durch die Münchener Innenstadt

17:00 Uhr Abschlusskundgebung am Odeonsplatz München

Setzen wir ein Signal an die Regierungschefs der führenden Industriestaaten zum G7-Gipfel im Schloss Elmau bei München. Mit einer großen und friedlichen Demonstration machen wir ihnen klar: Ihre Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA treffen auf den breiten Widerstand der Menschen. Gemeinsam streiten wir dafür, dass endlich beim Klimaschutz ernst gemacht und Armut konsequent bekämpft wird.

Aktuelle Informationen: [g7-demo.de](http://g7-demo.de)

Mitveranstalter und Mitglied im Trägerkreis:



### Konferenz für globale Saatgutvielfalt

29./30.5.15 Berlin



mit Devinder Sharma, Farida Akhter, Georg Janßen und Jack Kloppenburg u.a.

### Vorträge, Diskussionen und Workshops zu:

OpenSource Züchtung \* G8 "New Alliance" in Afrika \*  
Bäuerliche Saatgutarbeit \* Community-Seed-Systems \*  
Ökosaatgut und On-farm- Züchtung \*Gentechnik und  
Widerstand \* Bewusstseinsbildung zu Saatgut \* Inter-  
nationale Saatgut-Gesetzgebung

Die Konferenz wird auf deutsch und englisch mit Übersetzung stattfinden. Die Teilnahme ist kostenfrei.

**Langenbeck-Virchow-Haus in Berlin Mitte**

**Fr. 29. Mai 18.30 - 22h und Sa. 30. Mai 9-21h**

**Anmeldung: [kontakt@saatmachtsatt.de](mailto:kontakt@saatmachtsatt.de)**

**Infos und Programm: [www.saatmachtsatt.de](http://www.saatmachtsatt.de)**

Veranstaltet von



Forum Umwelt  
und Entwicklung



ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG

Die Projekte „Sojanetzwerk und Lupinennetzwerk“  
NRW (LWK NRW) veranstalten in Kooperation mit  
dem Projekt „Vom Acker in den Futtertro“ Feldtage:



13.05.2015: bei Gerd Maaß, 33824 Werther und  
Joachim Klack, 33775 Vermold

17.06.2015: bei Ludger Strottdrees, 33428 Harsewinkel

Weitere Informationen: Dr. Luiz F.P. Massucati AbL-NRW e.V.

„Vom Acker in den Futtertro - Zukunftsweisende Eiweißfuttermittellieferung  
für NRW“, Tel.: 02381 9053170, email: [massucati@abl-ev.de](mailto:massucati@abl-ev.de)  
[www.vom-acker-in-den-futtertro.de](http://www.vom-acker-in-den-futtertro.de)

Das Projekt "Vom Acker in den Futtertro" wird  
gefördert durch die



### GMO-Free Europe

06.-08.05.2015, Berlin

Konferenz der gentechnikfreien  
Regionen in Europa. Konferenz-  
sprache ist Englisch.

<http://www.gmo-free-regions.org/>

### Glyphosat

07.05.2015, Saerbeck, 19.30 Uhr

Vortrag zum Thema: Krebs durch  
Unkraut-Vernichtungsmittel?  
von Frau Professor Dr. Monika  
Krüger, Universität Leipzig, mit  
anschließender Diskussion.

Ort: Hotel Stegemann, Westladbergen  
71, 48369 Saerbeck

### Bio-West

10.05.2015, Düsseldorf

Eintägige regionale Bio- Fach-  
messe.

Programm und Registrierung: [www.biowest.info/](http://www.biowest.info/)

### Kulturelle Landpartie

14.05.-25.05.2015

Zum 26. mal lädt das Wendland  
zum größten selbstorganisierten  
Kulturfestival Norddeutschlands  
ein.

Termine und Aktionen: [www.kulturelle-landpartie.de](http://www.kulturelle-landpartie.de)

### March against Monsanto

23.05.2015

Weltweit demonstrieren an die-  
sem Tag Menschen gegen die  
Vorgehensweise von Monsanto.  
In Deutschland gibt es Veran-  
staltungen in München, Berlin,  
Hamburg, Hannover, Düsseldorf,  
Frankfurt/Main, Krefeld, Leer,  
Saarbrücken, Mannheim und  
Stuttgart.

[www.march-against-monsanto.com/  
international/](http://www.march-against-monsanto.com/international/)

### Evangelischer Kirchentag

03.-07.06.2015 Stuttgart

Der Stuttgarter Kirchentag soll  
ein Friedenskirchentag unter der  
Losung „damit wir klug werden“  
(Psalm 90,12) werden. Die the-  
matischen Schwerpunkte sind im  
Dreiklang „Frieden und Flücht-  
linge“, „Wirtschaft und Werte“  
sowie „Demokratie und Daten“  
zusammengefasst.

Informationen: [www.kirchentag.de](http://www.kirchentag.de)

### TTIP

18.06.2015, 19.00 Uhr München

Podiumsdiskussion zum Frei-  
handelsabkommen mit Gertraud  
Gafus, Bundesvorsitzende Ar-  
beitsgemeinschaft bäuerliche  
Landwirtschaft e.V. (ABL)

Ort: Amerikahaus, Karolinenplatz 3,  
80333 München, Veranstalter: ÖDP,  
Reservierungen unter: [reservierung@  
oedp-muenchen.de](mailto:reservierung@oedp-muenchen.de)

### Wachsen oder Weichen?

26.-28.06.2015, Hofgeismar

Bäume wachsen auch nicht in  
den Himmel... Unter dieser  
Überschrift veranstaltet das Agr-  
arBündnis e.V., gemeinsam mit  
Evangelischen Akademie Hof-  
geismar die Tagung zu „Land-  
wirtschaft jenseits von „Wachsen  
oder Weichen“. Die ökologi-  
schen Grenzen der Erde werden  
immer deutlicher. Wachstum  
wird als Wohlstandsindikator zu-  
nehmend hinterfragt. Was kann  
all dies für die Landwirtschaft  
bedeuten?

Ort: Evangelische Akademie, Gesund-  
brunnen 11, 34369 Hofgeismar;

Informationen zur Anmeldung und zu  
Tagungskosten: Tel.: 05671-881 122,  
[www.akademie-hofgeismar.de](http://www.akademie-hofgeismar.de)

Programm der jAbL-Sommertagung

**Auf den Boden kommen!**

von 29. bis 31. Mai 2015 in Steinfeld

**Freitag, 29. Mai**

- 15 Uhr: Unkonventionelle Kennenlernrunde - alle Frühankommer sind herzlich eingeladen!
- 17.30 Uhr: Abendessen mit regionalen Lieblings Speisen
- 18.30 Uhr: Öffentliche Diskussionsrunde „Was bedeutet Verantwortung für den Boden?“

**Samstag, 30. Mai**

- Vormittags: Workshop: Kommunikation, Konfliktlösung, Entscheidungsfindung
- Nachmittags: Workshops
  - Nachhaltige Bodenbewirtschaftung
  - Hofübergabe
  - Vermarktungsstrategien, u.a. Soziale Landwirtschaft
  - Verantwortungsvolle Landverteilung – Wie?
- Abends: Lagerfeuergebrabbel und Musik

**Sonntag, 22. Juni**

- Vormittags: Politische Aktion zum Jahr des Bodens  
Gemeinsam aktiv!
- Gemeinsamer Abschlussrunde und Mittagessen



**Anmeldung bei**  
Kaya Thomas  
email:  
junge-abl@abl-ev.de  
mobil:  
0171-4208443

Weitere Infos unter:  
**www.abl-ev.de/**  
**junge-abl**

**Tagungsort**  
Schnittloher Weg 8  
25557 Steinfeld

**Bitte mitbringen:**  
Schlafsack  
Isomatte  
Zelt  
regionales Essen,  
gute Laune  
30,- € Tagungsbeitrag

In Kooperation mit:



In Zusammenarbeit mit:



**Impressum** **unabhängige Bauernstimme**

**Anschritt:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
 Claudia Schievelbein: 02381-492289  
 Christine Weißenberg: 02381-492210  
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** Lensing Druck Gruppe, Harkortstraße 6, 48163 Münster

**ABL Bundeskontakte**

**Bundesgeschäftsstelle:** Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de  
**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758  
**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:** Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de  
**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:** Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455  
**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:** Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273  
**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken** Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de  
**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:** Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de  
**Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:** Luiz Massucati, Tel: 02381/9053170, massucati@abl-ev.de  
**Internationale Agrarpolitik:** Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de  
**Eiweißfutter aus Niedersachsen** Anika Berner 01573-7994606; anika.berner@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de; Andreas Huhn 01573-8301081, andreas.huhn@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

**ABL Mitgliedsantrag** **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der ABL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 101,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 136,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 46,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 71,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_  
 Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

**ABL** **Landeskontakte**

**Schleswig-Holstein**

**Ansprechpartner Sprecherrat**  
 Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

**Niedersachsen**

**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de  
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südnnds.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de  
**Weser-Ems:** Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

**Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg**

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

**Nordrhein-Westfalen**

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkaamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

**Hessen**

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de  
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de  
 Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

**Rheinland-Pfalz und Saarland**

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

**Baden-Württemberg**

**Geschäftsstelle Landesverband:** Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de  
**Bodensee:** Anneliese Schmech; Tel.: 07553-7529, a.schmech@hagenweilerhof.de  
**Oberschwaben:** Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

**Bayern**

**Landesverband:** Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654  
**Geschäftsstelle:** Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393  
**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de  
**Allgäu:** Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de  
**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480  
**Erding – Ebersberg,** Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de  
**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

**Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt**

**Landesverband:** Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)  
**Sachsen Anhalt:** Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de  
**Thüringen:** Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle:  nach Erhalt der Rechnung  per SEPA-Lastschriftmandat  
 Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092  
 AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_  
 BIC: \_\_\_\_\_  
 IBAN: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die ABL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Im Melkstand

Die Liebste fragt mich oft, warum zum Teufel ich im Melkstand so viel Zeit verbringe. Ständig kämen wir zu spät zu irgendwelchen Terminen, weil ich beim Melken so entsetzlich herumtrödele. Mein Mitarbeiter sei viel schneller, zack, und das Melken sei fertig, während es bei mir immer locker zwei Stunden und mehr dauere. Und dann sei es immer so furchtbar, dass wir im Theater immer als letzte kämen, kurz vor Beginn der Vorstellung, aber wir haben die guten Plätze in der Mitte, alle müssen wegen uns aufstehen, und sag mal, hast du eigentlich geduscht? Nee, wieso? Was heißt hier: Nee, wieso?

Also, erstmal ist es ein verdammtes Gerücht, dass wir ständig zu spät kommen. Das stimmt einfach nicht. In der Regel kommen wir „just in time“. Das ist englisch und modern; die ganze Welt redet davon, aber wir haben es immer schon so gemacht. Und das ist einfach praktisch. Ich mein', wenn ich auf Lesetour bin und komme am Auftrittsort schon eine halbe Stunde früher an, dann stehe ich da rum, die Leute gucken einen erwartungsfroh an, aber ich darf noch nicht anfangen und muss mich zwingen, nicht aus purer Langeweile in der Nase zu bohren. Wie viel besser ist es da, mit einer Minute Verspätung rein zu rauschen, die blassen Veranstalter beiseite zu schubsen und loszulegen. Das nenn' ich einen gelungenen Auftritt.

Aber zurück zum Melken. Nun, ich melke einfach gern. Und warum sollte ich etwas, das ich gerne tue, bedingungslos beschleunigen? Ich mein', die Leute spielen ja auch nicht nur 45 Minuten Fußball, weil sie es so sehr mögen. Nein, sie kosten die ganzen 90 Minuten aus. Was wäre das auch für eine Logik, dass wir ausgerechnet das, was wir gern tun, in der Dauer verkürzen? Ist Sex deswegen so kurz? Und so selten?

Schon wieder schweife ich ab. „Im Melkstand“ heißt der Text, und ich schreibe von Fußball und Sex. Na ja, ich bin auch nur ein Mann. Wie auch immer: Kaffee im Melkstand gehört einfach dazu. Seit ein paar Monaten auch das Radio. Ich stelle die Melkmaschine an, mache alles fertig, schenke Kaffee ein, der Kaffeeduft vermischt sich mit all den anderen Gerüchen hier, und im Radio läuft NDR 1 Welle Nord, ein Sender, den ich früher meinen Kindern ge-

genüber als „Oma-Opa-Radio“ zu bezeichnen pflegte, den ich inzwischen aber sehr gerne höre. Sollte mir das zu denken geben? Nein, nein, alles gut, die Kühe hören das einfach gerne. Ihr Lieblingslied heißt „No milk today“. Von Herman`s Hermits. Was für ein bescheuerter Name für eine Band.

Dann kommen die ersten Kühe rein. Ich setze sie an; weiß fließt die Milch in die Messpokale, die Pulsatoren der Melkmaschine unterlegen die Musik mit einem gleichmäßigen Beat, und alles ist gut. Langsam wird es warm, die Kühe dösen und käuen wieder, und oft wünsche ich, auch ich könnte so dösen und wiederkäuen; es wirkt wie eine höhere Form der Entspannung, etwas ganz Großes, das komplizierte



Just in time

Foto: Dott

Dinge plötzlich ganz einfach erscheinen lässt. Ich mein', Immanuel Kant zum Beispiel, der alte Miesepeter, der saß dort in Königsberg in seiner Schreibstube und hat jahrelang auf der Formulierung seines ziemlich überschätzten kategorischen Imperativs herumgekaut: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte.“ Und das ist schon die Zusammenfassung fürs Lexikon; der Macker hat ein ganzes Buch darüber geschrieben, und verstanden hat es keine Sau. Hätte Kant ab und zu gemolken, wäre wahrscheinlich etwas Handfesteres dabei heraus gekommen. Etwas wie: „Sei kein Arschloch!“ oder so. Das versteht man wenigstens.

Übrigens sind die zehn Kühe im Melkstand und ich als ihr Melker selten alleine. Meist kommt eine der noch nicht gemolkenen Kühe dazu, stellt sich in die schmale Mitteltür des Melkstandes und sieht beim Melken zu, nicht kritisch, als sei sie vom TÜV (Tierischer Überwachungsverein), sondern so, als wolle sie auch den Kaffeeduft und die Musik aus dem Radio genießen. Deswegen sind immer beide Ohren mit im Melkstand, und im Takt der Musik käuen sie wieder. Manchmal versuchen sogar zwei Kühe gleichzeitig, ihre Köpfe durch die Tür zu stecken, aber das ist wirklich zu eng. Und dann stehe ich da und gucke meinen Kühen beim Zugucken zu; manchmal gehe ich dann hin und kraule ihnen den Kopf, hinter den Ohren, wo sie selbst nicht hinkommen. Viele genießen das, recken genüsslich den Hals und rülpfen wohlig, und ach ja, vielleicht sollte ich bei Gelegenheit mal die Melkmaschine abnehmen, die Kühe aus dem Melkstand rauslassen und die nächsten zehn reinholen, was für ein Stress. Darauf einen Kaffee, und hört mal, „What is love?“, das war ein Hit, da war ich jung, sechzehn Jahre alt und fast, um ein Haar, hätte ich Dörte aufgerissen, damals beim Grillfest in Damsdorf, oder hätte sie mich aufgerissen, wie war das noch?

Ehrlich, ich habe keine Ahnung, keinen blassen Schimmer, warum es immer so lange dauert, wenn ich melke. Ich tu mein Bestes, damit ich fertig werde. Just in time. Irgendwann.

Matthias Stührwoldt

## **unabhängige** Bauernstimme: Auch beim Melken um sechs

05/2015

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.